



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER DREIUNDZWANZIGSTEN
SITZUNG
DES KONVENTS DER 33

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA VENTITREESIMA
RIUNIONE
DELLA CONVENZIONE DEI 33

vom 12.05.2017

del 12/05/2017

1. Vizepräsidentin
2. Vizepräsidentin

dott.ssa Laura Polonioli
Dr.ⁱⁿ Edith Ploner

1° Vicepresidente
2° Vicepresidente

Ore 18.11 Uhr

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Buona sera a tutti e a tutte. Purtroppo il presidente Tschurtschenthaler arriverà in ritardo, perché è ancora impegnato, come gli altri rappresentanti del Consiglio provinciale in una seduta consiliare. Speriamo che possano arrivare il prima possibile.

Sono molto contenta di essere qui tutti insieme questa sera in questa seduta allargata della Convenzione dei 33 e del Forum dei 100. Sono curiosa di sentire il risultato del vostro lavoro e del vostro impegno durato tutto quest'anno.

Permettetemi prima di fare una breve relazione introduttiva riferita alla seduta della Convenzione dei 33, solo per dire che gli assenti di oggi sono Walter Eccli, Catharina Haberer, Magareth Lun, Beatrix Mairhofer, Joachim Reinalter, Heinold Rottensteiner, Olfa Sassi arriverà in ritardo e Tony Tschenett.

Volevo ricordare ancora ai componenti della Convenzione dei 33 che lunedì noi della Presidenza ci incontreremo con la Presidenza della consulta di Trento, avremo un incontro che durerà tutta la mattinata e poi saremo a disposizione dei rappresentanti della Consulta al pomeriggio.

Oggi la seduta ci offrirà tanto, quindi do la parola alla vicepresidente Edith Ploner, anche rappresentante del Forum dei 100 che riuscirà a spiegarci qual è stato il vostro percorso durante tutto questo anno e modererà anche le vostre discussioni che dureranno circa 2 ore. Poi ci sarà un confronto tra il Forum dei 100 e la Convenzione dei 33, dando alla Convenzione dei 33 la possibilità di porre a voi delle domande. Prego, Edith Ploner.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Guten Abend, buon pomeriggio, bun domisdé! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Forums der 100, K 33 sowie Anwesende und Interessierte! Es ist heute ein wichtiger Moment, in dem ein Teil der Arbeit zusammenfließen kann. Es wurde manchmal angemerkt, dass diese beiden Organe unabhängig voneinander funktionieren. Aber heute haben wir die Möglichkeit, diese Ideen, Ansichten und Vorschläge auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Ich darf noch kurz erklären, wie das Forum der 100 gearbeitet hat. Sie wissen bereits, dass das Forum der 100 mittels eines repräsentativen Stichprobenverfahrens aus der Grundgesamtheit jener in Südtirol ansässigen Personen ermittelt wurde. 1.829 Personen aus 112 Gemeinden haben innerhalb 6. März 2016 ihre Bereitschaft dazu erklärt. Die Stichprobe wurde nach den Kriterien der Sprache, des Geschlechts und des Alters geschichtet.

Zur Arbeitsweise des Forums der 100! Das Forum der 100 hat sich im Laufe des letzten Jahres sechsmal ganztägig in der EURAC hier getroffen. In der konstitutiven Sitzung am 2. April 2016 wurden 8 Vertreterinnen als Delegierte des Forums der 100 in den Konvent der 33 gewählt und entsandt: Walter Eccli, Olfa Sassi, Patrick Dejaco, Verena Geier, Martin Feichter, Heinold Rottensteiner, Janah Andreis und meine Wenigkeit. Ab der zweiten Sitzung hat das Forum der 100 in 8 Arbeitsgruppen gearbeitet, welche inhaltlich von den Ergebnissen der Open-Space-Veranstaltungen und der thematischen Workshops ausgegangen sind. In jeder Arbeitsgruppe war eine der vom Forum der 100 in den K33 entsandten Personen vertreten, um die Verbindung zwischen Forum der 100 und Konvent der 33 zu gewährleisten. Während der dritten, vierten und fünften Sitzung hatten alle Arbeitsgruppen die Möglichkeit, Experten und Expertinnen zu ihrem jeweiligen Arbeitsschwerpunkt zu laden. Insgesamt wurden 16 Expertinnen und Experten eingeladen und angehört. Die Ergebnisse der 8 Arbeitsgruppen wurden in den vorliegenden Enddokumenten festgehalten. Hierbei galt es explizit jene Vorschläge und Empfehlungen auszuweisen, welche von allen Mitgliedern getragen werden, also nach dem bekannten Konsensprinzip. Alle anderen Vorschläge sind ebenfalls im Dokument enthalten ohne Angabe der Personen, die hinter den einzelnen Vorschlägen stehen und daher auch als andere Vorschläge gekennzeichnet sind. Damit wurde dem gesetzlichen Auftrag, nach dem Konsensprinzip zu arbeiten, konsequent Rechnung getragen. Wie läuft nun die heutige Sitzung ab? Auf Wunsch des Forums der 100 wurde die Reihenfolge der nun folgenden Präsentationen ausgelost. Am Ende der letzten Sitzung des Forums der 100 wurde im Beisein der Mitglieder des Forums der 100 Paiarola, Telch, Dapunt, Maier und Benedikter folgende Reihung ausgelost: Zuerst Arbeitsgruppe 4, chronologisch dann Arbeitsgruppe 8, Arbeitsgruppe 2, Arbeitsgruppe 3, Arbeitsgruppe 1, Arbeitsgruppe 5 und dann Arbeitsgruppe 7. Das ist die Reihenfolge, in der dann die Kolleginnen und Kollegen, Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen vortragen werden. Die letzte Gruppe ist die Arbeitsgruppe 6, Entschuldigung.

Jeder Arbeitsgruppe stehen exakt 10 Minuten für ihre Präsentation zur Verfügung. Vor Beginn der jeweiligen Präsentation sehen Sie einen Slide mit der Bezeichnung der Arbeitsgruppe, den Namen der Mitglieder und den Namen der oder des Vortragenden. Die zehn Minuten laufen, sobald die vorstellende Person das Wort ergreift. Die Diskussion findet anschließend dann an alle Präsentationen statt, also nicht nach der jeweiligen Präsentation. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es heute darum gehen wird, die Zeit mit den Mitgliedern des Forums der 100 dafür zu nutzen, klärende Fragen zu stellen, nicht so sehr inhaltlich zu diskutieren. Ich werde daher keine Stellungnahmen im üblichen Sinne

zulassen, sondern bitte Sie, sich knapp zu halten, damit möglichst viele Fragen und möglichst viele Personen auch Fragen stellen können.

Wir können nun zu den Präsentationen übergehen, startend bei der Arbeitsgruppe 4. Gruppenleiter und -leiterin der AG 4 waren Stefan Graziadei und Ingrid Dapunt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden von Ingrid Dapunt und Stefan Graziadei vorgetragen. Das Thema der Arbeitsgruppe 4 war: "Sprachgruppenzugehörigkeit, Proporz, Interessen/Vertretung Ladinia, Zwei- bzw. Dreisprachigkeit in der öffentlichen Verwaltung." Ich lese die Arbeitsgruppe auch in italienischer Sprache vor: "Appartenenza gruppo/i linguistico/i, proporzionale, interessi/rappresentanza del gruppo linguistico ladino, bi- e trilinguismo nella pubblica amministrazione."

Passo la parola allora a Ingrid Dapunt e a Stefan Graziadei per la presentazione delle proposte del gruppo di lavoro 4 del quale hanno fatto parte: Stefan Graziadei, Edith Ploner, Martina Cavagna, Ingrid Dapunt, Paul Decarli, Michael Eisenstecken, Ivan Lezuo, Anna Marinelli, Astrid Oberhofer, Stefania Pulcini, Hubert Trenker, Heinrich Videsott und Monica Willeit.

DAPUNT Ingrid: Sehr geehrte Damen und Herren, gentili signori e signore! Die Arbeitsgruppe 4 hat sich mit dem Thema "Proporz, Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, Wettbewerbssprachen und Rechte der Ladiner" auseinandergesetzt. Was das Thema "Proporz" betrifft sind wir der Ansicht, dass dieser in der aktuellen Form beibehalten werden soll und eine Aufhebung in diesem Moment nicht vorstellbar ist. Zu diesem Thema wird sich noch eine andere Arbeitsgruppe ausführlich beschäftigen.

E' auspicabile tuttavia che in un futuro prossimo la politica rifletta sulla necessità di tenere conto delle esigenze delle nuove generazioni e di una popolazione altoatesina bi- tri- e multilingue.

Mit dem Thema der "Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung" hat sich diese Arbeitsgruppe eingehend beschäftigt und musste feststellen, dass es in diesem Bereich sehr viel Unklarheit, Missverständnisse und falsche Informationen gibt.

Ma la cosa più sconcertante è la grande e incomprensibile penalizzazione dei cittadini residenti in Alto Adige rispetto a quelli non residenti nella nostra provincia.

Ansässige Bürger werden nämlich mit einer 18-monatigen Gültigkeitssperre bestraft, wenn sie die erste Zugehörigkeitserklärung nicht innerhalb des 18. Lebensjahres bzw. im ersten Jahr der Ansässigkeit abgeben. Jeder nicht Ansässige kann hingegen in jedem x-beliebigen Moment seine Sprachgruppenzugehörigkeit erklären und diese hat sofortige Wirksamkeit.

Chiediamo dunque per una semplice questione di uguaglianza, che la prima dichiarazione di appartenenza linguistica possa essere resa anche dai cittadini residenti in ogni momento e con efficacia immediata.

Der Einwand gegen diese Möglichkeit ist immer wieder, dass sie den Opportunismus von Seiten der Ansässigen begünstigen würde. Warum sich dieser Vorwurf nur auf die Einheimischen und nicht auch auf die unzähligen auswärtigen Teilnehmer an öffentlichen Wettbewerben bezieht, ist nicht einsichtig. Opportunismus bietet sich in der Tat durch den Artikel 752/76 des DPR an, da die Sprache bei öffentlichen Wettbewerben eine andere als jene der Zugehörigkeitserklärung sein kann und weil die Daten der Zugehörigkeit absolut geheim gehandhabt werden. Eine größere Transparenz könnte unter anderem dadurch gewährleistet werden, dass die Sprachgruppenzugehörigkeit nicht weiter zu den sensiblen Daten gehört, sondern zum Beispiel bei Wettbewerben vorerst in Eigenerklärung angegeben wird und erst später die Zertifizierung nachgereicht bzw. angefordert werden muss, zum Beispiel bei Wettbewerbsgewinnern oder bei anderen Zuwendungen.

In considerazione di una situazione contorta, dispendiosa e spesso poco trasparente per quanto riguarda la questione linguistica, questo gruppo di lavoro esprime la convinzione che in n futuro non troppo lontano tutti i concorsi pubblici debbano essere svolti nelle due, rispettivamente nelle tre lingue ufficiali di questa provincia.

Dies soll zugleich Anreiz und Motivation sein, die eigenen Sprachkenntnisse ständig zu verbessern und auszubauen, um zu einer authentischen Zwei- und Dreisprachigkeit zu führen. Ich danke Ihnen und gebe nun das Wort an Stefan Graziadei weiter zum Thema der "Ladiner".

GRAZIADEI Stefan: Es ist für mich als Nicht-Ladiner eine besondere Ehre, die Anliegen der ladinischen Volksgruppe hier vorstellen zu dürfen. Ich bedanke mich auch bei allen Anwesenden unserer Arbeitsgruppe, der anderen Arbeitsgruppen und interessierten Bürger. Es ist besonders interessant, die Anliegen der ladinischen Bevölkerung an einem Tag, den 10. Mai, vorzustellen, an dem erst vorgestern der Verfassungsentwurf über die Rechte der ladinischen Volksgruppe in erster Linie im Senat gutgeheißen wurde. Einige dieser Vorschläge sind auch Vorschläge, die unsere Arbeitsgruppe in Bezug auf die Rechte der Ladiner gemacht hat. Logischerweise ist auch unsere Arbeit nicht immer die Arbeit unserer Arbeitsgruppe, sondern sie fußt auf Ideen, die vorher entwickelt wurden, zum Beispiel durch Christoph Perathoner, das ladinische Manifest/o und Thomas Benedikter. Unsere Arbeitsgruppe hat sich auch an diesen Ideen inspiriert.

Die vier Prinzipien, die uns für den Schutz der ladinischen Volksgruppe am wichtigsten sind, sind - erstens - jenes der Integration und der Gleichheit der Ladiner im politischen System, - zweitens - jenes der Eigenständigkeit und Autonomie der ladinischen Volksgruppe, auch des Schutzes der ladinischen Sprache, - drittens - jenes der Zusammenführung der Ladiner - dass es keine Unterscheidung zwischen den Ladinern aufgrund ihrer Ansässigkeit in einer bestimmten Provinz geben soll - und - viertens - jener Punkt, dass wir das Ladinische als Reichtum in unserer Provinz leben sollten.

Ich gehe jetzt kurz auf diese Punkte ein. Bei der Integration im politischen System ist - wie man weiß - das Problem, dass viele öffentliche hohe Ämter und Kommissionen in Südtirol, aber auch zwischen Südtirol und Rom paritätisch zusammengesetzt sind, sprich Vertreter der italienischen Sprachgruppe und Vertreter der deutschen Sprachgruppe. Die Opfer dieses Systems sind die Ladiner. Deswegen schlagen wir vor, dass ein Vertreter der Ladiner in der Landesregierung vertreten sein muss, dass es auch eine Vertretung der Ladiner in den Organen, in denen sie nicht vertreten sind, zum Beispiel im Verwaltungsgericht oder im Staatsrat, sowie auch in der 6er und 12er Kommission gewährleistet werden muss. Es gibt dann auch noch andere Kommissionen, die behandelt wurden, auch im Senatsentwurf, zum Beispiel der Zusammensetzung der Schlichtungskommission bei einem Veto-Recht der Sprachgruppe.

Der zweite Punkt ist eben die Eigenständigkeit und Autonomie zum Schutz der ladinischen Sprache, was eben sehr wichtig ist. In diesem Bereich fordern wir, dass es auch einen Ausbau des Ladinischen gibt, dass das ladinische Schulamt mehr Autonomie und mehr Möglichkeiten hat, auch finanzielle, den besonderen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, das ladinische Schulsystem als ein einzigartiges Schulsystem anzusehen sowie diese Eigenständigkeit und Autonomie im Schutz des Ladinischen und die Einhaltung der Dreisprachigkeit durch Dienstleistungen von öffentlichem Interesse zu gewährleisten.

Il terzo punto sarebbe quello del ricongiungimento dei ladini. Il principio che sta alla base è quello di ridurre le discrepanze tra i diritti dei ladini sparsi fra le province di Bolzano, Trento e Belluno, ci sono diversi modi per fare questo, uno sarebbe quello che anche il nostro gruppo appoggia, chiedere al Consiglio provinciale di adoperarsi per far rispettare la volontà dei ladini di Colle S. Lucia, Livinallongo, Col di Lana e Cortina d'Ampezzo espresso in un referendum del 2007 e di rafforzare l'unione dei ladini attraverso una posizione rafforzata della lega dei Comuni ladini in materie quali la cultura, i media, la tutela del paesaggio, l'educazione ecc.

Il quarto punto importante sarebbe quello di dare più visibilità alla componente ladina all'interno della provincia di Bolzano, ad esempio mettendo anche in lingua ladina il nome del Tribunale amministrativo e anche di utilizzare gli esonimi ladini nei comuni quali Bressanone e Brunico che hanno un'importanza

particolare per le comunità ladine. All'interno di questo principio chiediamo anche di dare la possibilità che l'apprendimento della lingua ladina venga elargito anche a coloro che non sono ladini, anche al di fuori delle valli ladine. Anche qua ci sono diverse possibilità di farlo, una minoranza del nostro gruppo ...

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Ich bitte zum Abschluss zu kommen!

GRAZIADEI Stefan: Zusammengefasst ist das Anliegen unserer Arbeitsgruppe, dass die ladinischen Sagen in Zukunft Teil des Unesco-Weltkulturerbes werden. Wir sollten uns auch dieses Reichtums bewusst werden. Das Anliegen unserer Arbeitsgruppe ist, die älteste Volksgruppe in unserem Land zu schützen, deren Gleichheit, Eigenständigkeit und gleiche Würde als Reichtum anzuerkennen und zu fördern. Danke!

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön, Arbeitsgruppe 4! Wir gehen zur Arbeitsgruppe 8 über mit dem Thema: "Formen der Formen der Mitbestimmung (repräsentative und direkte Demokratie, Partizipation)" - "Forme di partecipazione (democrazia rappresentativa e diretta, partecipazione)". Die Arbeitsgruppe war zusammengesetzt aus Paiarola Roberto, Heinold Rottensteiner, Nicol Mastella, Maria Ausserhofer, Prisca Prugger, Julia Sandrini, Daniela Scordi und Alois Spath. Gruppenleiter Nicol Mastella bitte ich nun, die Ergebnisse vorzubringen.

MASTELLA Nicol: Oggi rappresento il gruppo di lavoro 8 che riguarda le forme di partecipazione. Ci tengo a dire che il documento che sto per presentarvi è nato nel consenso all'interno del gruppo, il metodo di lavoro è stato un metodo di dialogo, costruttivo e armonioso.

La presentazione la farò sia in italiano che in tedesco e cambierò di volta in volta.

Als Ausgangspunkte haben wir uns drei Fragen gestellt. Die erste Frage, die wir uns als Arbeitsgruppe gestellt haben, lautet: Warum brauchen wir als Gesellschaft Bürgerbeteiligung? Die Antwort, die wir uns gegeben haben, ist, dass Teilhabe, Mitgestaltung, Mitentscheidung die Identifikation zum Territorium und der Output eine bessere Lebensqualität sowie ein Gefühl von mehr Gerechtigkeit bringt.

Die zweite Frage, die wir uns dann gestellt haben, lautet: Warum hat es eigentlich den Autonomiekonvent gegeben? Die Open-Space und das Forum der 100 sind eigentlich ein klares Zeichen dafür, dass die Politik bereits den Wert von direkter Demokratie erkannt und konkret angewandt hat.

Die dritte Frage, die wir uns gestellt haben, lautet: Welche Formen von Mitbestimmung gibt es? Ausgehend von dieser letzten Frage haben wir einige Recherchen durchgeführt.

Abbiamo invitato due esperti, abbiamo fatto due audizioni, Stefan Lausch, il coordinatore di un'iniziativa per più democrazia e Tobia Moroder, il sindaco di Ortisei che ci ha spiegato che c'era solo un candidato sindaco, non era andata a votare neanche il 40% della popolazione, per cui il Comune è stato commissariato, poi con metodi di partecipazione di democrazia diretta si è scelto fra i cittadini un nuovo candidato sindaco e l'affluenza è stata nettamente maggiore.

Wir haben dann die verschiedenen Formen der Mitbestimmung auf ihre Grenzen und Möglichkeiten hin überprüft sowie wie sie hier und auch anderswo angewandt werden. Abbiamo appunto valutato i limiti e le possibilità di impiego. Wir haben dann den Vorschlag bzw. Gesetzentwurf Amhof-Noggler-Foppa unter die Lupe genommen und diesen überprüft.

E come ultimo punto abbiamo approfondito l'art. 47 dello Statuto di autonomia che, per quanto riguarda le forme di partecipazione, ha un'interpretazione abbastanza restrittiva in questo momento. L'idea fondamentale di partecipazione popolare dovrà essere ancorata nello Statuto di autonomia e non soltanto regolamentata a livello legislativo.

Abbiamo poi fatto delle considerazioni fondamentali. Cosa significa più partecipazione e più democrazia diretta? Ci siamo detti: un aumento della motivazione, un avvicinamento dei cittadini alla politica così come un avvicinamento della politica ai cittadini, specialmente in un periodo storico dove la disaffezione alla politica purtroppo è tanta.

Come ultimo punto ci siamo detti una maggior pace sociale per poter avere anche la sensazione di poter contribuire attivamente alle scelte sul territorio. Esempi recenti ci hanno dimostrato che c'è un crescente desiderio di partecipazione. Pensiamo agli esempi sul nostro territorio come il referendum sui pesticidi a Malles oppure il referendum sulla funivia della Plose o a Bolzano la consulta popolare per quanto riguarda il Pru (programma di recupero urbano) di via Alto Adige.

Dann sind wir zu unseren wichtigsten Empfehlungen gekommen. Wie schon bereits gesagt, soll es eine klare Verankerung im Autonomiestatut zum geeigneten Forum der Mitbestimmung sein. Auch sollen die verschiedenen Formen ganz klar definiert und genannt werden, weil es leider oft zu Verwechslungen zwischen den einzelnen Begriffen kommt. Die Gesetze, Verfahren und Instrumente der direkten Demokratierregeln können über Volksabstimmung oder Initiativen erfolgen. Das Volk soll über Großprojekte entscheiden können. Die partizipativen und direkt demokratischen Instrumente sollen wirksam und auch gut anwendbar sein. Hier haben wir uns ganz konkret einige Punkte aufgeschrieben. Die Unterschriftensammlung soll erleichtert werden. Die nötigen Unterschriften sollen adäquat zur Einwohnerzahl nötig sein. Die Fragestellungen sollen klar formuliert sein. Wir haben uns auch mit dem

Quorum für die Gültigkeit von Volksabstimmungen befasst. Das ist der einzige Punkt, bei dem unsere Arbeitsgruppe - und ich erlaube mir, das zu sagen - nicht einverstanden war bzw. nicht den vollen Konsens erreicht hat. Wir haben also in unserem Enddokument ganz bewusst beide Möglichkeiten aufgelistet. Ein Teil der Gruppe hat sich für ein 0-bis-20-Prozent-Quorum ausgesprochen und ein anderer Teil der Gruppe hat sich für mindestens 20 Prozent stark gemacht. Auch soll ein Schutz- und Vetorecht für ethnolinguistisch sensible Fragen minderheitenfreundlich geregelt werden. Die Abstimmungsformen sollen auch langfristig technologische Möglichkeiten berücksichtigen. Wir denken da ganz konkret an Online-Umfragen. Weiters - und wir kommen zu Volksabstimmungen und Befragungen - soll eine amtlich neutrale Informationsbroschüre verteilt werden. Grundvoraussetzung sind informierte Bürger. Auch soll die politische Bildung im Schulsystem verankert werden, Mitwählen ab 16 für in Südtirol Ansässige und - der letzte Punkt - Wahlrecht für Gemeindeansässige, wenn es um Gemeindefragen geht. Wir haben da das Beispiel der Emilia Romagna unter die Lupe genommen, wo ab 2014 auch nicht-italienische Staatsbürger, aber in der Gemeinde Ansässige mitwählen können, wenn es um Volksabstimmungen und -befragungen geht. Wir haben uns dabei gedacht, dass man eine Zweijahresansässigkeitsklausel einführen könnte.

Nun sind wir am Schluss! Le nostre conclusioni finali. La democrazia diretta è complementare alla democrazia rappresentativa e un'ulteriore espressione democratica.

Ci tengo a sottolineare nuovamente che il documento finale ha raggiunto il consenso e la condivisione di tutto il gruppo di lavoro. Vi ringrazio per l'attenzione.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Grazie, danke schön! Wir gehen zur Arbeitsgruppe 2 mit dem Thema: "Selbstbestimmung, Euregio, Beziehungen zu Österreich und Italien, Südtirolaktivisten" - "Autodeterminazione, Euregio, rapporti con l'Austria e l'Italia, attivisti sudtirolesi" über. Die Gruppe war zusammengesetzt aus: Jutta Telser, Patrick Dejaco, Manfred Andreas Klotz, Alexander Knoll, Sigmund, Egon Pramstrahler, Karin Lunz, Eduard Stoll und Sepp Wielander. Arbeitsgruppenleiter Sigmund Kripp wird die Ergebnisse vorbringen.

KRIPP Sigmund: Danke für die Einführung! Die Arbeitsgruppe hatte da recht deftige Themenfelder zu erarbeiten, aber es ist in einem konstruktiven Dialog gelungen, mit individueller Vorarbeit auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner hinzuarbeiten und einen Konsens zu erreichen. Expertenreferate waren für die Konsensfindung wichtig und hilfreich.

Selbstbestimmung ist kein Selbstzweck, sondern hat natürlich immer die Verbesserung eines Status quo als Ziel. Selbstbestimmung ist ein ergebnisoffener demokratischer Prozess. Voraussetzung ist die Teilnahme der gesamten Wahlbevölkerung eines Landes. Die möglichen Ergebnisse können die Beibehaltung des Status quo, die Anbindung an einen anderen souveränen Staat, die Bildung eines eigenen souveränen Staates oder ein anderer politischer Status sein. Daraus entstehen Forderungen, die man einerseits als demokratisches Grundrecht definieren kann und die andererseits im Völkerrecht begründet sind. Wenn ich das mit der Selbstbestimmung als demokratischen Prozess einleiten kann, würden wir es als zweistufigen Prozess sehen. Fürs Erste wäre eine Abstimmung der Bevölkerung darüber zu machen, ob sie überhaupt ein Verfahren zur Änderung des Status quo haben will, das heißt, ob man diese Abstimmung einleiten soll oder nicht. Das wäre eine erste Abstimmung. Dann gäbe es eine zweite Abstimmung im gesamten Land, wieder mit der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung, über den Status, der erreicht werden soll. Das ist eben - wie oben angedeutet - Unabhängigkeit, Wiederangliederung oder Angliederung an irgendeinen anderen Staat, Verbleib bei Italien oder eine andere Lösung. Vor dem ersten Volksentscheid wird die Bevölkerung über das Verfahren selbst und die Entscheidungsalternativen sowie deren mögliche Auswirkungen von der Landesregierung umfassend informiert. Sollte man sich bei der ersten Abstimmung über die Wahlbevölkerung mehrheitlich gegen die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des völker- und staatsrechtlichen Status aussprechen, ist das Verfahren beendet. Eine neuerliche Einleitung des Verfahrens ist aber damit nicht ausgeschlossen.

Die zweite Herangehensweise ist die Gesetzbestimmung als Völkerrecht, die im Artikel 1 der Menschenrechtspakte beinhaltet ist. Kraft dieses Rechtes kann Südtirol frei über seinen politischen Status und als eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung bestimmen. Die Arbeitsgruppe verweist auch auf die Resolutionen, die von der UNO da sind, eben Resolution 26-75 von 1970. Demnach ist die Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates, die freie Assoziation mit einem unabhängigen Staat, die freie Eingliederung in einen solchen Staat oder der Eintritt in einen anderen durch das Volk frei bestimmten politischen Status, Möglichkeit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes. Also das sind einfach die Herangehensweisen, wie man das dieses Thema angstfrei und demokratisch implizieren könnte.

Das Zweite waren die Südtirol-Aktivisten. Das ist natürlich auch ein schwieriges Thema, weil es immer noch letztlich eine offene Wunde ist, die wir hier im Land haben. Seit 1969 ist immer wieder in Aussicht gestellt worden, dass es letztlich Begnadigungen gibt, einen Schlussstrich unter diesen mühsamen Teil unserer Geschichte zu ziehen. Die Südtirol-Aktivisten der 60er Jahre hatten unbestritten einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Autonomie. Das ist sowohl von Magnago als auch von nachfolgenden

Landeshauptleuten immer wieder bestätigt worden. Der Einsatz der Südtirol-Aktivisten hat zur Internationalisierung des Südtirol-Problems und infolge zu den Autonomieverhandlungen geführt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen kam letztlich allen Sprachgruppen im Land positiv zugute. Der Landtag hat auch im Begehrensantrag Nr. 1/13 im beschließenden Teil, welcher 2015 mit 27 Ja-Stimmen genehmigt wurde, den italienischen Justizminister sowie den italienischen Staatspräsidenten aufgefordert, die Begnadigung der Freiheitskämpfer unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit diese in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können. Die Problematik ist weiterhin ungelöst. Italien hat trotz mehrfacher Interventionen noch keine Maßnahmen zur Begnadigung dieser Menschen ergriffen, hat aber trotzdem das Element der Begnadigung durchaus auf andere kapitale Verbrecher angewandt. Daher sollte nun nach mehr als einem halben Jahrhundert auch jenen Begnadigung widerfahren, deren Ziel es war, die Italienisierung Südtirols durch den italienischen Staat zu beschränken oder zu verhindern. Dass es dabei tragische Opfer auch auf der italienischen Seite gab, soll erwähnt und nicht vergessen werden.

Die Öffnung der Archive des italienischen Sicherheitsapparates, welche hinsichtlich der Akten der Südtirol-Problematik dem Staatsgeheimnis unterliegen, würde vor allem auch in Bezug auf die Verstrickungen der italienischen Geheimdienste sehr zur Aufklärung beitragen und so einen wichtigen Beitrag zur historischen Gerechtigkeit leisten. Die Forderung wäre daher, dass der Landtag dringend ersucht wird, sich mit Nachdruck für die Begnadigung der verbliebenen Freiheitskämpfer der 60er Jahre einzusetzen, um diese offene Frage zu einem menschlich positiven Abschluss zu bringen. Zudem wird der Landtag ersucht, die Aufarbeitung dieser historischen Ereignisse auch unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse voranzutreiben. Soweit zu den Aktivisten der 60er Jahre!

Die "Euregio" ist schon seit Längerem ein Begriff. Die Autonome Provinz Bozen ist zusammen mit der Provinz Trient zu einer Region mit Sonderstatut konstituiert worden, aber die Zwangsgemeinschaft mit Trient wurde und wird von vielen Südtirolern als Kontrollinstrument und Hemmschuh empfunden. Also, das ist noch nicht sozusagen das Ende der Fahnenstange.

Die Abschaffung der Region kommt einer Verfassungsänderung gleich. Das ist also ein größerer Prozess. Neben diesem institutionellen Rahmen konnte sich aber in den letzten Jahren die Euregio als Form der Zusammenarbeit der historischen Landesteile Tirol, Südtirol und Trentino bei vielen Forderungen nach grenzüberschreitenden Projekten etablieren. Auch von der EU werden solche EVTZ, also europäische Verbände territorialer Zusammenarbeit, gefördert.

Aus diesen Entwicklungen kommen die folgenden Forderungen: Es geht natürlich auch um die Abschaffung der heutigen Region Trentino-Südtirol und Schaffung letztlich zweier autonomer Regionen,

Land Südtirol und Land Trentino. Es geht um den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb der Euregio und unter Einbeziehung der historischen, ladinischen Gemeinden Col, Ampezzo und Fodron. Den Rahmen hierfür können die von der EU ermöglichten EVTZ, also diese Verbände, bilden. Diese Einrichtungen sollten in Zukunft verstärkt genutzt werden, eine weitere Vertiefung dieser Kooperationsformen zu verwirklichen, also auf Landes-, Bezirks-, Gemeinde- oder Genossenschaftsebene. Die EVTZ stehen im Einklang mit den Entwicklungen in der EU für das langfristige Ziel eines Europas; ohne Nationalstaaten können sie ein wichtiger Baustein sein. In einem eventuell überarbeiteten Statut sollte auf diese Kooperationsformen hingewiesen werden.

Bei den Beziehungen zu Österreich und Italien sind wir relativ kurz zu einer Essenz gekommen. Wir schlagen vor, dass die Schutzmacht Österreich von den geplanten Maßnahmen zur Erneuerung des Statutes und den Ergebnissen daraus in Kenntnis gesetzt wird, also Österreich einfach offiziell einzubringen.

Abschließende Bemerkungen: Die Arbeitsgruppe hat in einem guten Konsens gearbeitet. Den größten Raum in der Diskussion hat die Thematik der Selbstbestimmung eingenommen und als grundsätzliches Fazit zu unserer Gruppenarbeit wollten wir einfach noch mitteilen, dass das Beeindruckendste eigentlich die Open-Space-Veranstaltungen ganz am Anfang des Ganzen waren und am Schluss - sozusagen als beide Klammern - der Autonomiekonvent grundsätzlich ein extrem spannender zivilgesellschaftlicher Prozess war. Die einzige Kritik, die uns vielleicht angebracht erscheint, dass die Sitzungen von F100 und K33 vielleicht mehr in einer Abfolge hätten passieren sollen, das heißt zuerst die F100- Sitzungen und dann jene des K33, einfach deswegen, damit man diese Transmissionsverluste verhindert hätte. Immerhin gehen aus den 100 8 hervor. Diese 8 müssen wieder ihren Sukkus F100 in den K33 bringen und die Mitglieder des K33 müssen ihren Sukkus dann dem Landtag vorlegen, der es annehmen kann oder nicht. Wenn man jetzt das F100 früher abgeschlossen hätte, ...

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Ich bitte Sie, zum Abschluss zu kommen!

KRIPP Sigmund: Ich bin fertig ... dann wäre ein Ergebnis daraus vorhanden, was ins K33 komplett hineinkommt und von dort weiter verarbeitet hätte werden können. Danke sehr!

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön der Arbeitsgruppe 2. Wir gehen zur Arbeitsgruppe 3 über. Das Thema war: "Kultur, Bildung, Toponomastik" - "Cultura, istruzione/formazione, toponomastica". Il gruppo di lavoro era composta da: Stefano Zanotti, Verena Geier, Theresia Degasperi, Giacomo Fabris,

Franco Kettmeir, Johanna Mayr, Nadia Mazzardis, Francesca Morrone, Rosanna Oliveri, Martin Peer, Ewald Rottensteiner e Gudrun Sprenger. Verena Geier e Stefano Zanotti avranno cinque minuti a testa per le presentazioni dei loro risultati. Iniziamo con Verena Geier, prego.

GEIER Verena: Guten Abend! Wir haben keinen Konsens gefunden und werden deshalb zwei Vorschläge vorstellen. In Südtirol leben drei Volksgruppen. Dies macht die Vielfalt Südtirols aus und diese gilt es auch unbedingt zu halten. Somit ist jede Maßnahme, die die Identität der Volksgruppen schützt und stärkt, begrüßenswert. Wesentliches Instrument für die Stärkung und den Schutz der Identität bildet natürlich das Schulsystem. Es bietet zugleich auch die Möglichkeit, die Brückenfunktion Südtirols zu stärken und kommende Generationen zu vermitteln. Daher wird empfohlen, Artikel 19 des Autonomiestatutes unverändert beizubehalten. Von Experimenten wie Immersionsunterricht und CLIL ist Abstand zu nehmen, denn sie bieten auch keinen kulturellen Mehrwert. In der Schulbildung sollte zudem Wert darauf gelegt werden, dass die Zugehörigkeit der deutschen Südtiroler zum deutschen Kulturraum vermittelt wird. Dasselbe gilt auch für die italienischsprachigen Südtiroler. Zudem sollte Südtirol zumindest für die deutsche und ladinische Schule die primäre Gesetzgebungskompetenz zugesprochen bekommen, damit diese Schulen frei vom römischen Einfluss ganz nach den Bedürfnissen der beiden Volksgruppen gestaltet werden können. Italienisch muss unbedingt als Fremdsprache unterrichtet werden. Dies ließe sich auch mit einem neuen Lehransatz lösen. Teure und sinnfreie Experimente wie CLIL braucht es dazu einfach nicht. Das Beherrschen der Muttersprache ist natürlich Ausgangspunkt, um andere Inhalte wie auch Fremdsprachen zu erlernen. Aufgrund der Verschiedenheit der deutschen, italienischen und ladinischen Schule wird empfohlen, an der bewährten Dreiteilung mit den drei verschiedenen Schulämtern festzuhalten. Eine Zusammenlegung wie von einigen Exponenten gefordert wurde, würde nur ein bürokratisches Monstrum erschaffen, das es einfach nicht braucht. Grundsätzlich sollte in der Schulverwaltung wie auch in der Schulbildung nach Jahren des Experimentierens endlich Ruhe einkehren.

Zur Kultur! Südtirol ist gekennzeichnet durch eine sehr vielfältige Kulturszene. Dies ist ein Reichtum unseres Landes, der sich positiv auf sehr viele Bereiche auswirkt, zum Beispiel auch auf die Lebensqualität der Südtiroler, die aus einem sehr reichen Kulturangebot wählen können. Oberstes Ziel der Südtiroler Kulturpolitik sollte sein, die Identität der drei im Lande lebenden Volksgruppen zu schützen und zu stärken, weil diese eben den Reichtum unseres Landes ausmachen. In der Kulturverwaltung sollte unbedingt die bewährte Dreiteilung, also eine deutsche, eine italienische und eine ladinische Kulturabteilung beibehalten werden. Die drei Kulturen haben ganz eigene Bedürfnisse und sind völlig eigenständig strukturiert. Daher ist

die Beibehaltung der drei Kulturabteilungen zwingend. Bei der Kulturförderung zum Autonomiestatut sollte ein klares Bekenntnis dazu abgegeben werden, dass die deutsche, italienische und ladinische Identität den Reichtum dieses Landes ausmacht und daher mit allen speziellen Eigenarten geschützt und gefördert wird. Es sollte auch vorgesehen werden, dass die Kulturförderung höchste Priorität genießt und daher im Landeshaushalt stets zu berücksichtigen ist.

Jetzt zu einem weiteren wichtigen Thema "Toponomastik". Das Land Südtirol hat die primäre Zuständigkeit für die Ortsnamengebung, allerdings mit der Verpflichtung zur Zweisprachigkeit. Es gilt jedoch festzuhalten, dass Zweisprachigkeit von Namen niemals mit Zweisprachigkeit von Wörtern gleichzusetzen ist. Tirol war immer ein mehrsprachiges Land, allerdings nie flächendeckend. Welschtirol war seit Jahrhunderten mehrheitlich Italienisch, das heutige Südtirol mehrheitlich Deutsch geprägt. An zweiter Stelle folgten die Ladinier, an dritter die Italiener und genauso verhält es sich auch mit den historisch fundierten geographischen Namen. Der Großteil der heute ...

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Ich bitte, zum Abschluss zu kommen!

GEIER Verena: Also der Zusatz in Artikel 8 "das Autonomiestatut verpflichtend zur Zweisprachigkeit im Gebiet der Provinz Bozen" ist unbedingt zu tilgen. Mit Blick auf Südtirol gilt es, den amtlichen Gebrauch der ausschließlich historisch fundierten geographischen Namen festzulegen.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön! Passiamo alla seconda proposta. Le due proposte sono da considerarsi equivalenti, sempre gruppo di lavoro 3. La parola a Stefano Zanotti.

ZANOTTI Stefano: (Parla in ladino)

Gerade was die Toponomastik anbelangt, wurde auch in unserer verkleinerten Gruppe keine Einigung erzielt. Ein Teil vertritt die Ansicht, dass alle italienischen Ortsnamen beibehalten und alle deutschen und ladinischen Namen offiziell anerkannt werden sollen.

Altri, portando avanti una filosofia di condivisione e un giusto compromesso abbandonando il principio di rivendicazione di rigidità, sostiene quella che era la linea del senatore Palermo ritenendola di buon senso. Forse questa generazione non è matura abbastanza per superare e risolvere questi problemi. Speriamo che la prossima sia più flessibile e eterogenea, così come la democrazia diretta e la partecipazione dal basso

prepari meglio i cittadini sui temi strategici e importanti, e non ultimo, che i politici ne rispettino la loro la volontà.

Kultur: Alle bestehenden Kulturen sollen weiterhin gefördert werden. Jene Vereine, die für alle Sprachgruppen offen stehen, sollen konkret unterstützt werden. Auch das Südtiroler Fernsehen, die Musik und touristisch kulturellen Informationen, die für alle Sprachgruppen gleichzeitig miteinander Initiativen gestalten, soll stark gefördert werden.

Le iniziative culturali e del tempo libero dovranno contribuire alla costruzione di un patrimonio culturale e territoriale di convivenza comune, dove ciascun cittadino potrà continuare a dichiararsi e sentirsi come persona di lingua materna italiana, tedesca o ladina. Per favorire la reciproca conoscenza e la coesione sociale tra i tre gruppi linguistici maggioritari e un sentimento di appartenenza territoriale, un primo passo sarebbe un evento simbolico come l'organizzazione di una festa dell'autonomia a cadenza annuale, aperta alla popolazione tutta, che tra l'altro rafforzerebbe la consapevolezza che la nostra autonomia faccia davvero bene a tutti.

Das Bedürfnis einer zwei- bzw. mehrsprachigen neben der einsprachigen Schule macht sich ständig mehr bemerkbar. Mehrere Umfragen sind landesweit durchgeführt worden, darunter jene des Landesbeirates der Eltern für die deutschsprachige Schule Südtirols, sogenannte "LBE", wo die Verbesserung und Verstärkung des Unterrichts auf Zeit - und ich möchte noch einmal betonen - der zweiten Landessprache gewünscht wird. In diesen Zweckbereichen müssen die drei Schulamtsdirektionen, die deutsche, italienische und ladinische, organisatorisch einbezogen werden.

Si tratta di aggiungere un nuovo sistema di insegnamento, senza nulla togliere a coloro che vorranno continuare a frequentare la scuola nella propria madrelingua, ossia monolingue. Naturalmente sarà fondamentale la formazione dei docenti, che dovrà essere la più professionale e di alto livello possibile. L'apprendimento precoce delle lingue va favorito. Molte teorie scientifiche provano che i bambini fino a 6, 8 anni riescono mediamente ad assimilare contemporaneamente con maggior facilità più lingue, e risultano essere più competenti nella lingua materna rispetto ai bambini monolingui. Di fatto va sfatato il mito e il luogo comune che vorrebbe intimorire sostenendo che il plurilinguismo faccia perdere la propria identità, storia e cultura, anzi spesso avviene l'esatto contrario, vedasi le vallate ladine. L'apprendimento della lingua inglese, indispensabile per le future generazioni, va sostenuto e potenziato. Questo terzo binario di studio a noi sembra una soluzione intelligente, e anche i tempi li riteniamo sufficientemente maturi.

Concludo ricordando che riteniamo di esserci mossi nel quadro di quanto richiesto dalla legge provinciale istitutiva della Consulta sull'autonomia. Purtroppo nel nostro gruppo non si è trovato consenso su

temi importanti come scuola, cultura e toponomastica, tuttavia riteniamo che non vedere la necessità di questi cambiamenti significa correre il rischio di trasformare il nostro territorio di per sé linguisticamente diviso in una società nel suo insieme divisa culturalmente in classi separate. A nostro avviso è sempre meglio vivere, convivere e crescere insieme piuttosto che no.

Also miteinander ist immer besser als nebeneinander. Danke schön!

(Applaus - applauso)

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Ich danke der Arbeitsgruppe 3. Wir gehen zur Arbeitsgruppe 1 über. Thema: "Ausbau der Autonomie, Rolle der Region, Beziehungen zu Rom und Wien, doppelte Staatsbürgerschaft" - "Ampliamento dell'Autonomia, ruolo della Regione, rapporti con Roma/lo stato e Vienna, doppia cittadinanza". Die Gruppe war zusammengesetzt aus: Matthias Psenner, Martin Feichter, Alessandro Bertinazzo, Rita Bonora, Michele De Luca, Olivia Holzner, Jonas Huber, Andreas Köck, Gabriele Pedranz, Christoph Perathoner, Sonya Untermarzoner, Andrej Werth und Maria Wörnhart. Gruppensprecher ist Matthias Psenner, bitte schön.

PSENNER Matthias: Danke! Ich möchte gleich hinzufügen, dass wir auch das Thema der Präambel während den Arbeitszeiten in unseren Themenbereich aufgenommen haben.

Ich beginne mit dem Themenbereich des Ausbaus der Autonomie. Bei den Schranken haben wir einen Konsens gefunden, dass die Rechtsordnung der Europäischen Union und internationalen Verpflichtungen als Schranken für die Gesetzestätigkeit der Provinz Bozen gelten sollen. Keinen Konsens haben wir gefunden bezüglich der Verfassung. Da gab es mehrere Meinungen. Zum einen sollten die Verfassung und die verfassungsrechtlichen Grundsätze als Schranke gelten, zum anderen nur die verfassungsrechtlichen Grundsätze. Und es bestand auch die Meinung, dass keine Bezugnahme auf die Verfassung im Autonomiestatut bezogen werden soll.

Zu den Kompetenzen gibt es einen Konsens. Die Grundrichtung soll praktisch jene sein, dass alle Kompetenzen, die zur Zeit sekundär und tertiär sind, ausschließliche Kompetenzen werden sollen. Auch jede weitere sinnvoll erscheinende Kompetenz ist als ausschließliche Kompetenz anzustreben. Es bestand auch die Meinung, dass besonders die Kompetenz im Sport, also eine Sportautonomie, förderlich für ein friedliches Zusammenleben in Südtirol sei und - will die Gruppe auch festhalten - dass der derzeitige Artikel 2 des Autonomiestatutes fundamental ist. Es gelten also die gleichen Rechte für deutsche,

italienische und ladinischsprachige Bürger Südtirols sowie der Schutz der ethnischen und kulturellen Eigenheit soll gegeben sein.

Zum Einvernehmen! Es sollte endlich ins Autonomiestatut aufgenommen werden, dass für eine zukünftige Abänderung des Autonomiestatutes ein Einvernehmen zwischen der Provinz Bozen und dem Staat Italien herrschen soll. Weiters will die Gruppe im Konsens festhalten, dass es fundamental ist, dass bestimmte Abstimmungen im Landtag nach Sprachgruppen getrennt abgehalten werden sollen. Und auch bezüglich der Verfassungsstreitigkeiten will die Gruppe den Vorschlag bringen, dass während der Gesetzestätigkeit schon intensiv auf verfassungskonforme Gesetze geachtet werden soll, da uns der Verfassungsgerichtshof sonst noch weitere Schranken auferlegt.

Zur Rolle der Region, eines der kritischen Themen unserer Gruppe, soll festgehalten werden, dass Trentino-Südtirol und das Bundesland Tirol schon eine Jahrhundert alte Geschichte haben und es im europäischen Geiste wäre, zusammenzuarbeiten und sich zusammen weiterzuentwickeln. Deshalb hat die Gruppe im Konsens beschlossen, dass eine Zusammenarbeit zwischen den drei historisch verbundenen Ländern anzustreben ist, da die einzelnen Länder zu klein sind, um sich in bestimmten Bereichen durchzusetzen, besonders im Verkehr, Gesundheitswesen oder Umweltschutz. Eine besondere Form wäre natürlich die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, wie sie derzeit besteht, aber man könnte sie auch weiter entwickeln. Jedoch muss die Autonomieentwicklung - wie es die letzten 40 Jahre gezeigt haben - innerhalb der Provinzen stattfinden, also in den eigenen Provinzen.

In Bezug auf die Zukunft der Region Trentino-Südtirol hat die Gruppe einen Konsens gefunden, dass es nur noch ein reines Instrument der Zusammenarbeit sein soll, praktisch dass die Region keinerlei Gesetzeskompetenz und Verwaltungskompetenz besitzen und es auch keine institutionalisierte Zusammenarbeit geben soll. Die Gruppe hat die Idee gehabt bzw. einen Konsens gefunden, dass für bestimmte Bereiche Ad-hoc-Organen geschaffen werden sollen, die bestimmte Bereiche in Abstimmung zwischen Provinz Bozen und Provinz Trient regeln sollen. In diesem Zusammenhang will auch die Gruppe festhalten, dass die Autonomie für Trient unantastbar sein soll. Also man will nicht, dass die Trentiner die Autonomie verlieren. Es bestand auch eine weitere Meinung in unserer Gruppe, die die Region einfach ersatzlos abschaffen würde. Also das Thema der Präambel soll ein einleitender Bestandteil des überarbeiteten Statutes sein, besonders auf Verweis der historischen Wurzeln. Die Darlegung der Grundwerte und Grundsätze sowie der Pariser sollten in der Präambel Eingang finden. Auch hat die Gruppe einen Konsens gefunden, was in der Präambel festgehalten werden soll, dass das Autonomiestatut für alle drei Sprachgruppen gelten soll und die Interessen aller drei zu schützen sind.

Zum Thema "Beziehungen zu Wien und Rom" haben wir einen Konsens gefunden, eine ziemlich tolle Idee, dass eine bilaterale Kommission zwischen Italien und Österreich eingerichtet werden soll. Diese würde dann den bilateralen Kontaktaustausch zwischen Wien und Rom fördern und wäre auch eine aktive Durchführung des Pariser Vertrages. Und zwar hätte diese bilaterale Kommission die Aufgabe, eine Koordinierung von Minderheitenfragen zu machen. Es besteht auch der Konsens, dass besonders bei Querschnittskompetenzen, also zwischen ausschließlichen Kompetenzen des Staates und ausschließlichen Kompetenzen der Provinz, diese Kommission eine beratende Rolle haben sollte.

Auch das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft haben wir behandelt. Und zwar gab es einen Konsens, dass es nicht ins Autonomiestatut gehört, da es rein von der Republik Österreich abhängt, ob die Südtiroler eine doppelte Staatsbürgerschaft bekommen oder nicht. Es bestand der Konsens, dass es politisch anzustreben wäre, dass Südtirol die Möglichkeit haben sollte, die österreichische Staatsbürgerschaft als Individualrecht zu bekommen.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass das schützenswerteste Gut in Südtirol sicher das friedliche Zusammenleben ist. Deshalb sollte auch sämtliche Gesetzeskompetenz und Verwaltungskompetenz immer das Ziel haben, dass Frieden in unserem Land herrscht. Danke!

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön! Wir gehen zur Arbeitsgruppe 5 über, das Thema "Nachhaltigkeit (Umwelt), Wirtschaft, Forschung, Arbeit" - "Sostenibilità (ambiente), economia, ricerca, lavoro". I componenti del gruppo di lavoro sono: Martin Telch, Kathrin Pichler, Janah Maria Andreis, Herlinde Carli, Priska Egger, Luise Eppacher, Meinhard Jaider, Doriana Pavanello, Karl Pfitscher, Monika Pichler Rechenmacher, Sonja Pircher, Ulrike Sanin, Franz Schuster, Anna Schwembacher e Gertrude Tschenett Götsch. Gruppenleiter Martin Telch, bitte.

TELCH Martin: Schönen guten Abend auch meinerseits! Martin Telch ist mein Name und ich werde Ihnen nur kurz die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte dieser vier großen Themenbereiche darstellen. Es geht einmal um Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Forschung und Arbeit. Ich möchte aber gleich von Anfang an schon anmerken, dass wir schon weitere Punkte in unserer Arbeit festgehalten haben, die aus unserer Sicht trotzdem noch im auszuarbeitenden Autonomiestatut berücksichtigt werden sollten. Ziel ist es auf jeden Fall, dass wir hier in Südtirol die primären Kompetenzen, die wir derzeit haben, besser ausnutzen, vielleicht ausweiten, damit wir neben den staatlichen und europäischen Normen und Regelungen effektiv auch hier im Lande zum Wohle der Südtiroler effektiv auch selbstbestimmte Normen und Regeln einführen können.

Nun aber zu den einzelnen Punkten bzw. vier Themenbereichen! Ich beginne jetzt mit dem Themenbereich der "Arbeit". Ich werde nun vor allem zwei Aspekte kurz darstellen, einmal der Proporz: Es gibt zwar schon eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Proporz auseinandergesetzt hat, aber es war unausweichlich, dass auch wir der Arbeitsgruppe Arbeit uns mit diesem Thema befassen. Wir haben den Konsens gefunden, dass der Proporz aus unserer Sicht weiterhin bestehen bleiben soll, auch wenn diese Klausel vielleicht ein bisschen modernisiert werden könnte. Wie könnte das stattfinden? Indem man zum Beispiel einfach festhält, dass bei jeder Neueinstellung, egal in welchem Bereich auch immer, ein Vergleich zwischen dem Verhältnis der Sprachzugehörigkeit und dem Verhältnis der Bevölkerung je Sprachzugehörigkeit gemacht wird. Bei der Anstellung sollte dem entsprechend immer ein Gleichgewicht gefunden werden. Demzufolge muss die Sprachzugehörigkeit natürlich neu definiert und wichtiger werden. Der Zweisprachigkeitsnachweis kann dann vielleicht als formelle Angelegenheit sicherlich ausgenutzt werden. Aber aus unserer Sicht ist es wichtig, dass diejenigen, die dann effektiv entscheiden, ob eine Person angestellt wird oder nicht, auch sehen oder verstehen, ob der Kandidat beider Landessprachen mächtig ist. Was heißt das? Aus unserer Sicht müssten die Prüfungsfragen bei Wettbewerben in beiden Landessprachen gestellt werden. Entsprechend sollten auch die Antworten jeweils in Deutsch und in Italienisch festgehalten werden, damit auch die Minderheiten geschützt werden können, auch zum Wohle der Südtiroler in dem Sinne, dass sie ihre eigene Sprache bzw. Muttersprache in der Öffentlichkeit verwenden können.

Nun zum zweiten Punkt, nämlich der Einführung eines allgemeinen Grundrechtes für ein existenzwürdiges Leben. Das ist ein Grundsatz, der in den einzelnen Open-Space-Veranstaltungen sehr oft zum Thema aufgeworfen wurde. Wieso? Aus unserer Sicht sollte ein allgemeines Prinzip innerhalb des Autonomiestatutes einfach nur Platz finden. Die ordentlichen Maßnahmen sollten zeitkonform von den gesetzgebenden Organen jeweils umgesetzt und entschieden werden. Ein Beispiel hierfür könnte die Einführung unter bestimmten Voraussetzungen eines Grundeinkommens sein.

Adesso parlerò della seconda tematica, l'economia. Mi soffermo brevemente su due principi che dovrebbero essere considerati all'interno dello Statuto di autonomia che verrà modificato, ovvero l'introduzione o l'ampliamento di diritti dei cittadini. Abbiamo fatto un'elencazione specifica all'interno del nostro lavoro. Giusto per fare alcuni esempi: il diritto saperi tecnologici, il bilinguismo, il plurilinguismo, ovvero anche il diritto a una occupazione sicura e regolare a seconda delle capacità individuali. Siamo dell'avviso nello stesso tempo che debba essere introdotta una carta dei diritti ambientali a tutela dell'ambiente e sostenibilità.

Secondo punto. Siamo dell'opinione che debbano essere introdotti nuovi o ampliati i poteri legislativi all'interno dell'art. 8. Abbiamo anche qui fatto un'elencazione indicando due punti cruciali, economia in combinazione con l'ambiente e le politiche energetiche, per esempio la produzione e distribuzione di energia elettrica.

Nun zum dritten großen Themenbereich "Forschung und Innovation"! Die Forschung und die Innovation sind ja Grundsteine für Wachstum, Beschäftigung und Welfare. Deshalb sind wir der Meinung, dass diese beiden Begriffe jetzt überhaupt erstmals im Autonomiestatut richtig Platz finden sollten, wenn möglich primärer Gesetzgebung, damit wir hier effektiv die Innovation zur Forschungspolitik in Südtirol betreiben können, damit wir schnell - und wenn es wirklich nötig ist - auch die Maßnahmen im Lande für das Wachstum und für das Welfare bei uns in Südtirol ergreifen können. Wir haben hier eine Reihe von konkreten Vorschlägen und Maßnahmen in unserer Arbeit erarbeitet und - um nur ein Beispiel zu nennen - auch hier die Errichtung eines Forschungskorridors innerhalb der Euregio zur Aufwertung der Euregio selber, auch im Sinne einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen Universitäten innerhalb der Euregio.

Nun zum letzten vierten großen Themenbereich, mit dem wir uns befasst haben: die Umwelt. Hier geht es darum, dass vor allem die bestehenden Kompetenzen - so wie wir sie jetzt haben - besser genutzt werden sollten. Es ist zwar so, dass mit der Verfassungsreform 2001 sicherlich große Einschränkungen gemacht wurden, aber wir sind der Meinung, dass noch Spielräume existieren. Wir haben mit Hilfe einer Expertin, Professorin Alberton, in unserer Arbeit eine Auflistung einiger Vorschläge und Maßnahmen gemacht. Nur um ein paar Beispiele zu nennen: die Einführung des Begriffs "Green Economy" oder die Errichtung von "Smart Cities", Mobilitätsplänen und im Großen und Ganzen auch eine Kooperation oder eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Umwelt.

Zweiter Punkt! Es gibt ja unterschiedliche Gesetzgebungsebenen. Auch im Bereich der Umwelt spielt das eine sehr wichtige Rolle. Damit Land und Staat bzw. die Gesetzgebung des Landes und des Staates effektiv besser koordiniert werden kann, soll aus unserer Sicht ein Multi-Level Governance-Ansatz im Autonomiestatut effektiv Platz finden.

Tutto ciò considerato, anche per garantire una crescita intelligente e inclusiva in ottemperanza dei principi europei, bisogna con il nuovo Statuto dell'economia cercare di porre le basi per un nuovo modello di sviluppo economico che prenda in considerazione anche l'ambiente e la sostenibilità futura. Grazie!

(Applaus - applauso)

● ● ● ● ● ● ● ●

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön! Ich möchte mich noch bei der Arbeitsgruppe 3 entschuldigen, dass ich drei Mitglieder übersehen habe, und zwar Martin Stampfer, Ute Weber e Alma Zanfrà.

Wir gehen jetzt zur Arbeitsgruppe 7 mit dem Thema "Integration der Menschen mit Migrationshintergrund, Zusammenleben, Mehrsprachigkeit" - "Integrazione delle persone provenienti da un contesto migratorio, convivenza, plurilinguismo" über. Hanno fatto parte del gruppo di lavoro: Maximilian Benedikter, Olfa Sassi, Walter Bernard, Michael Deltedesco e Gabriele Schnapper. Ich bitte Michael Deltedesco um die Ausführungen.

DELTEDESCO Michael: Einen schönen guten Abend! Ich freue mich heute, Ihnen die Überlegungen und Vorschläge der Arbeitsgruppe "Integration, Zusammenleben und Mehrsprachigkeit" vorstellen zu dürfen. Vielleicht vorausgeschickt: Wir waren eine feine, aber leider Gottes nur eine etwas kleine Gruppe. Das ist etwas verwunderlich, auch aufgrund der Tatsache, dass die Themen "Zuwanderung" und damit verbunden "Integration" ja aktueller denn je sind. Ich möchte mich aber zuerst bei der Arbeitsgruppe für die tolle Zusammenarbeit bedanken. Es gab intensive und sehr tolle Gespräche. Wir haben viel diskutiert, wir haben durchaus auch manch kontroverses Gespräch geführt und waren nicht immer einer Meinung in den Diskussionen, aber am Ende ist doch ein Dokument herausgekommen, in dem es nur einen Punkt gibt, über den es keine Einstimmigkeit gegeben hat. Ich möchte mich auch bei unseren Experten Don Paulo Renner und Paulo Valente von der Caritas bedanken. Bitte lassen Sie mich noch zwei, drei Gedanken machen, bevor ich Ihnen einige der Vorschläge vorstelle. Es sind wirklich nur einige wenige Vorschläge. Wir haben bewusst, keine allzu rechtliche Herangehensweise gewählt, sondern uns einfach Gedanken darüber gemacht, wie Integration im Zusammenleben und Mehrsprachigkeit aussehen könnten. Wie gesagt, ich glaube, im Rechtlichen sind andere sicherlich berufener. Wir sind uns auch bewusst, dass mehrere unserer Vorschläge wahrscheinlich gar nicht für das Autonomiestatut geeignet oder gedacht sind, aber sie sollten vielleicht doch in irgendeine Diskussion miteinfließen. Vielleicht können sie in einer anderen Form in Gesetzen, Verordnungen usw. ihren Niederschlag finden. Wir waren uns darüber einig, dass Integration, Zwei- und Mehrsprachigkeit und vor allem auch die Vermittlung von Werten untrennbar miteinander verbunden sind. Integration kann nur auf der Basis von gemeinsamen Werten, von Akzeptanz, und vor allem von gemeinsamen Sprachen funktionieren.

Der Ausgangspunkt, der einstimmige Vorschlag, die Einrichtung unsers Landes erkennen die Präsenz verschiedener Kulturen und Religionen an und sehen sie als Möglichkeit der Bereicherung. Wieso

Möglichkeit der Bereicherung? Sie können eine Chance sein, sie sind mit Sicherheit Herausforderung und sie sollen hoffentlich kein Hindernis für ein friedliches Zusammenleben sein. Uns waren Integration und Zusammenleben wichtig.

Die Einrichtungen des Landes verpflichten sich, unsere Traditionen und Überzeugungen allen näher zu bringen, auch jenen Menschen, die neu in unser Land kommen. Ich glaube, es versteht sich von selbst, dass man hier unsere westlichen Traditionen, unsere westlichen Werte und unsere Form des Zusammenlebens meint. Sie sind der Maßstab und sie müssen auch das Ziel sein.

Welche Empfehlungen geben wir? Wie gesagt, es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus verschiedenen Empfehlungen: Eine Neuordnung bei der Volkszählung, zusätzlich zu den drei Sprachgruppen sollte auch die Zugehörigkeit zu anderen Gruppen abgefragt werden, das heißt die Gruppe der Zwei- und Mehrsprachigen, also mit Eltern, die verschiedenen Sprachgruppen angehören und der Gruppe der neuen italienischen Staatsbürger ausländischer Herkunft. Wir wissen, es gibt diese Daten teilweise bereits schon, aber vielleicht sollte man diese Datenbasis noch ergänzen, weil wir glauben, dass, wenn wir die Größe und die Bedürfnisse kennen, auch die Integration besser funktioniert. Vor allem wird dem Wandel unserer Gesellschaft dementsprechend Rechnung getragen.

Ein ganz großer Punkt in unseren Diskussionen war sicher auch die Förderung der Zwei- und Mehrsprachigkeit. Hier haben wir auch einige Empfehlungen. Wir wünschen uns ein kostenloses Dauerangebot von Sprachkursen in den beiden Hauptlandessprachen in der gesamten Provinz und natürlich vom Ladinischen in den ladinischen Tälern. Die Finanzierung für Sprachkurse, die auch international anerkannte Zertifikate erlassen, wäre gerade in Anbetracht der Tatsache, dass wir mittlerweile doch sehr viele Unternehmen haben, die auch international tätig sind, von großem Vorteil für die Studenten so und anders. Die Schaffung eines Fonds der Aktivitäten sollte sich an alle Sprachgruppen gemeinsam richten. Ich weiß, es gibt solche Fonds und solche Angebote bereits, aber das könnte man mit Sicherheit noch ausbauen.

Ein weiterer Punkt! Wir hatten - wie gesagt - Don Paolo Renner und Paolo Valente als Experten geladen. Wir schlagen die Einführung des Faches Ethik in der Pflichtschule obligatorisch für alle Schüler vor, die nicht das Fach katholische Religion machen. Wir sind der Meinung, dass Werte neben der Sprache Basis für ein gutes Zusammenleben und vor allem für Integration sind. Ich glaube, hier kann die Schule durchaus einen positiven Beitrag leisten. Gerade die Vermittlung der ethnischen Werte ist für das friedliche Zusammenleben unerlässlich. Wie gesagt, dieses Fach Ethik ist alternativ zum Religionsunterricht bzw.

richtet sich an jene Schülerinnen und Schüler, die das Fach Religion aus welchen Gründen auch immer nicht besuchen.

Die Schaffung der rechtlichen Basis, um eine Beteiligung von Bürgern der EU und Ausländern bei öffentlichen Referenden zu ermöglichen. Wir sprechen hier bewusst nicht von politischen Wahlen, Gemeinderats- oder Landtagswahlen, sondern von Referenden, zum Beispiel Benko-Referendum. Dort sollten diese auch die Möglichkeit haben, sich früher zu beteiligen. Wir haben hier aber bewusst eine genaue Zeitangabe, also eine Angabe von Jahren, weggelassen. Da gab es nämlich keinen Konsens. Ein großes Thema war - wie gesagt - Sprache, und hier auch verbunden mit dem Thema Schule, wohl wissend, dass eine andere Arbeitsgruppe die Schule als zentrales Thema hatte. Wir sind für die Einführung von innovativen Modellen, um das Erlernen der Zweitsprache zu verbessern und um die Mehrsprachigkeit zu fördern. Man hat nämlich gesehen, dass doch trotz vieler Unterrichtsstunden in der jeweils zweiten Sprache keine reale Zweisprachigkeit bis jetzt häufig nicht erreicht wurde. Deswegen sprechen wir uns für innovative Modelle aus, allerdings nicht Modelle, die derzeit diskutiert werden. In Bezug auf diesen Vorschlag waren wir noch alle der gleichen Meinung, aber es hat dann keinen Konsens bei den effektiven Empfehlungen gegeben. Deswegen haben wir drei mögliche Wege aufgezeigt, einmal die Einführung einer mehrsprachigen Schule zusätzlich zum Recht auf die muttersprachliche Schule. Das wäre vor allem in den größeren Städten gedacht. Dort sollte es entweder mehrsprachige Schulen oder Schulsektionen geben. Das war ein erster Vorschlag, wie gesagt, der nicht die volle Zustimmung aller hatte. Als zweiter Punkt galt die qualitative Verbesserung innerhalb des schon bestehenden Schulmodells, eine verbesserte Ausbildung der Lehrpersonen und eine Veränderung der Lernprogramme. An der Schule als solches sollte sich aber nichts ändern. Ein dritter Punkt zur Vervollständigung: Einführung des Esperanto ab der dritten Klasse Grundschule, um den Spracherwerb zu vereinfachen. Dort war ein Mitglied unserer Gruppe der Meinung, dass dadurch das Erlernen der Fremdsprachen erleichtert werden könnte.

Fazit: Die heutige Gesellschaft hat sich verändert und ist anders als damals vor 40 Jahren, als das Autonomiestatut geschaffen wurde. Weitere gesellschaftliche Veränderungen werden folgen; das Autonomiestatut muss dieser Veränderung Rechnung tragen. Wir glauben, dass Sprache und vor allem die Vermittlung und die Akzeptanz von Werten, die zu unserem Land gehören, und nur diese die Grundlage für ein zukünftiges friedliches Zusammenleben sind. Integration ist ein Muss! Vielen Dank.

(Applaus - applauso)

● ● ● ● ● ● ● ●

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön der Arbeitsgruppe 7! Last but not least Arbeitsgruppe 6 zum Thema "Soziales, Gesundheitswesen und Sport" - "Politiche sociali, sanità e sport". Die Arbeitsgruppe war zusammengesetzt aus: Christian Mair, Walter Eccli, Maria Gall, Lydia Pedoth, Sonja Anna Plank, Filippa Schatzer, Christina Tinkhauser, Irmgard Thaler und Stefanie Tschenett. Gruppensprecher Christian Mair, bitte.

MAIR Christian: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen zu guter Letzt, sofern Aufmerksamkeit und Sauerstoff noch ausreichen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Soziales, Gesundheitswesen und Sport" vorstellen. Das Autonomiestatut war und ist eine politische Antwort auf die Schrecken des letzten Jahrhunderts. Unsere Gruppe hat sich damit befasst: Welche Problemlösungsstrategien gibt es heute, um den aktuellen Schrecken wie Abstiegsängsten, Wirtschaftsgrenze und Flüchtlingskrise zu begegnen? Das gemeinsame Interesse an einer solidarischen Gesellschaft, Chancengleichheit, Demokratie und Frieden zu garantieren, könnte zu einem Identifikationsprojekt für alle Gruppen werden und würde den Werten, wie der Kollege vorher genannt hat, entsprechen. Für diese Ziele empfiehlt die Arbeitsgruppe, vier neue Säulen in das Statut einzufügen. Wir haben einen konkreten Vorschlag für die Präambel erarbeitet, einen Grundwertekatalog, die Definition von öffentlichen Gütern sowie eine solidarische Säule. Die Präambel wurde in Anlehnung an die Verfassung von Schleswig-Holstein verfasst und ich möchte sie vorlesen, sie enthält leider etwas viele Nebensätze. *"Der Landtag hat in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger [in Verantwortung vor Gott und den Menschen und] auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit, in dem Willen, Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer zu sichern und weiter zu stärken, im Bewusstsein der eigenen Geschichte, bestrebt, durch nachhaltiges Handeln die Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen, in dem Willen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, und in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sowie die grenzüberschreitende Partnerschaft der Regionen an Nord- und Ostsee und im vereinten Europa zu vertiefen, diese Verfassung beschlossen: ..."*

Die nächste Säule befasst sich mit den Grundwerten. In den Arbeiten des F100 wurde mehrfach die Ausarbeitung eines normativen Grundwertekatalogs gefordert. Dazu möchte ich nur auszugsweise einige Dinge nennen, und zwar die Verankerung eines Grundrechts auf ein existenzwürdiges Leben und Altern, die Chancengleichheit nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch als Voraussetzung und als Prinzip,

die Zugang zu Bildung und Generationengerechtigkeit ermöglicht eine Ratifizierung der europäischen Grundrechtecharta, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen und zu sichern. Weiters wurde der Stellenwert der Familie als Zeuge der Gesellschaft hervorgehoben. Diesbezüglich wurde auch die finanzielle Absicherung der Familie angesprochen. Als Möglichkeit bietet sich dafür an, sofern es finanzielle Kompetenzen im neuen Autonomiestatut gibt, ein Familiensplitting einzuführen. Andere Möglichkeiten, soziale und gesundheitliche Sicherung zu gewährleisten, bieten sich durch die Verankerung von Mindest- und Ermessensleistungen im Statut, die es dann ermöglichen, einfach gesetzliche Bestimmungen abzugeben oder auszuarbeiten, eben zum Beispiel ein bedingtes Einkommen für Auszubildende oder Lehrlinge.

Die Definition von öffentlichen Gütern, die materiell und immateriell sind, wurden deshalb festgesetzt, um soziale Teilhabe, Gerechtigkeit und Chancengleichheit wiederum zu sichern. Diese Güter sind vor übertriebenen Privatinteressen zu schützen und sind unabhängig von politischen Instanzen zu führen. Wichtig ist diesbezüglich Wohnen. Leistbares Wohnen wurde nicht nur als Armutsbekämpfung, sondern auch als Wirtschaftsstandortsicherung ausgearbeitet. Diesbezüglich sollen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden bis hin zu Spekulationsverbot, Lehrstandsabgabe oder eben die Verwendung der Genossenschaft als soziale Sicherung. Die Genossenschaft ist bereits primäre Kompetenz der Provinz. Gesundheit soll ebenfalls als öffentliches Gut eingestuft werden. Der Zugang zu notwendigen und wissenschaftlich begründeten Leistungen soll durch öffentlichen Zugang gesichert sein. Diesbezüglich werden Subsidiaritäts- und Kooperationsorgane innerhalb der Euregio vorgeschlagen, die es ermöglichen, Teilbereiche der Gesundheit wie Software, Logistik, Verwaltung, Personalabrechnung beispielsweise auf die Euregio-Ebene zu verschieben oder umgekehrt auf Gemeindeebene zu verschieben, wo Dinge wie Hospiz oder die Vernetzung von sozialen Diensten organisiert werden könnten.

Weiters wurde im Bereich Gesundheit im Konsens als ein weicher Proporz für wichtig erachtet, um eben zu ermöglichen, dass Legionäre auch in diesem Feld mitspielen können und eben um Qualitätseinbußen zu verhindern. Ein nicht unwichtiger Punkt ist zudem eine Garantie oder ein Recht auf ein Sterben mit Würde. Diesbezüglich wird die Hospizbewegung genannt. Ein immaterielles öffentliches Gut ist die Bildung, also die exklusive Kompetenz in diesem Bereich ist entscheidend, um die grenzüberschreitende Vernetzung zu ermöglichen und Investitionen auch im Erwachsenenalter zum Beispiel in Form der Bildungskarenz zu ermöglichen. Als letzte Säule wird eine solidarische Säule vorgeschlagen. In einem neuen Autonomiestatut soll es ein Stück weit auch darum gehen, das Prinzip Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber zu leben. Hier bietet sich die Möglichkeit, um politische Pionierleistungen in Europa

umzusetzen, zum Beispiel durch die Einrichtung eines europäischen Länderausgleichsfonds, indem zum Beispiel Renten und Versicherungen auf den europäischen Rahmen ausgerichtet werden. Eine Institutionalisierung des Grenzgemeindefonds, der die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit stärken würde. Ebenfalls zu der solidarischen Säule gehört die Kooperation zum Subsidiaritätsorgan - wie ich schon vorher beim Gesundheitswesen vorgestellt habe -, mit dem Ziel, Ausbildungs- und Berufsordnungen anzupassen und eine länderübergreifende Organisation im Bereich Gesundheit oder auch Verkehr zu ermöglichen. Weiters wird unter solidarischen Säulen eine exklusive Kompetenz bei Entwicklungshilfe vorgeschlagen. Die Ausbeutung von Entwicklungsländern wird auch als Fluchtursache gekennzeichnet und deswegen sollte in einem Neuen Autonomiestatut Verantwortung auch in diesem Bereich übernommen werden.

Als Fazit möchte ich anführen, dass es die Realisierung von diesen vier Säulen ermöglichen würde, der Autonomie neue Legitimation zu geben und eine dynamische Autonomie einzurichten, die die wechselnden Bedingungen einer schnelleren Anpassung entgegensetzt.

Edith Ploner hat anfangs gesagt, dass das F100 heute Antworten an das K33 - Institution gibt. Ich wollte eigentlich die Frage stellen, was das K33 unter dem "Europa der Regionen" versteht und hoffe aber in diesem Fall, dass ich selber Antworten geben könnte, was wir unter einem "Europa der Regionen" meinen. Diesbezüglich soll es in Rom und Wien nicht nur um die Finanzierung und Zuständigkeiten gehen, sondern es soll gesagt werden, dass Südtiroler Autonomie eine Blaupause für ein föderales "Europa der Regionen" sein kann und diesbezüglich ein beispielhaftes Projekt ist.

(Applaus - applauso)

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Danke schön auch der Arbeitsgruppe 6! Danke allen Gruppensprecherinnen und -sprechern für diese Vorstellung! Wir machen jetzt eine Pause und versuchen pünktlich um 20.00 Uhr wieder hier zu sein.

P a u s e

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Riprendiamo i lavori. Devo ringraziare anch'io i singoli portavoce dei gruppi per aver reso, nel breve tempo messo a loro disposizione, una sintesi dei singoli documenti di lavoro.

Diamo spazio alle domande e a una eventuale breve discussione. Prego ai singoli che intervengono di fare delle domande dirette. La parola a Luis Durnwalder, prego.

DURNWALDER Luis: Verehrte Damen und Herren! Sie haben vorhin gesagt, dass wir nicht inhaltlich genau eingehen sollten, etwas bewerten sollten oder nicht, sondern nur Zusatzfragen stellen, damit man vielleicht das eine oder andere etwas besser erklärt oder einen Kommentar abgibt, ohne jetzt auf die einzelnen Fragen einzugehen. Natürlich kann man hier nicht Fragen stellen für alle 8 Untergruppierungen. Ich möchte nur wissen, erstens einmal, ob dies ein Dokument des Forums der 100 oder der jeweiligen Untergruppierungen ist, denn wir haben nur eine Gruppe gehabt. Deswegen wussten alle genau Bescheid, was die einzelne Gruppe will. Wir haben immer im Plenum diskutiert. Ich möchte wissen, ob bei Ihnen die Gruppe 1 genau weiß, was die Gruppe 8 vorgeschlagen hat, ob sie sich mit dem identifiziert. Sonst ist es nicht ein Vorschlag des Forums der 100, sondern nur einer Gruppierung. Im Forum der 100 sitzen 100 Leute und wenn ich 100 durch 8 dividieren, dann sind es nur 15. Das möchte ich zunächst einmal wissen.

Zum Zweiten habe ich so den Eindruck, dadurch, dass hier die einzelnen Gruppierungen, die einzelnen Untergruppen das miteinander nicht irgendwie aufeinander abgestimmt haben, was sie behandelt haben, ist es so, dass wir ähnliche Punkte unter allen Gruppen wieder finden. Wenn ich hergehe und zur Schule oder zur Präambel ... Zur Präambel sagt die Gruppe 1 das und die Gruppe soundso sagt etwas anderes. Es wäre vielleicht vernünftiger, wenn man hergehen und vorschlagen würde, was das Forum der 100 insgesamt in Bezug auf die Kompetenzen, auf die Region, auf die Zweisprachigkeit und was die Schule anbelangt usw. sagt, weil wenn man die einzelnen Berichte gelesen hat, dann ist dies oft zum Teil sogar ein Widerspruch, zum Beispiel gerade was in die Verfassung hineinkommen sollte. Dort steht einmal drinnen: Das gehört nicht in die Verfassung, wenn ich sage, von mir aus, doppelte Staatsbürgerschaft. Auf der anderen Seite will man wieder in die Verfassung Punkte hineingeben, die mit der Verfassung – Entschuldigung, wenn ich das sage – wirklich nichts zu tun haben, dass mehr in ein Regierungsprogramm hineinkäme und nicht unbedingt in die Verfassung, weil das Grundeinkommen und die Renten, dies, das und jenes in das Regierungsabkommen hineinkommen, wo die einzelnen Parteien ... Es ist ja schön und nett, es ist aufgeworfen worden. Deswegen ist es sehr nützlich, aber ich sage, für die Verfassungsänderung, für die Änderung des Autonomiestatuts haben viele Dinge nichts zu tun.

Ich nehme nur zwei, drei Dinge heraus. Region. Bei der Region kenne ich mich nicht ganz aus, was man gemeint hat. Einerseits sagt man: Region, beide autonome Provinzen. Bitte sagen wir Länder, weil Provinzen mit Provinz übersetzen, ist nicht richtig. Ich glaube, was wir unter autonomer Provinz verstehen,

ist im Grunde genommen ein Land, wenn ich es in Deutsch wiedergebe. Das heißt also, ein autonomes Land Trentino und autonomes Land Südtirol, das sind die beiden Länder, die eben geschaffen werden sollten. Sie sagen aber, dass schon diese beiden Länder geschaffen werden sollen mit Hauptstadt Bozen und Hauptstadt Trient, aber insgesamt soll die Region schon, aber trotzdem wieder nicht beibehalten werden. Man sagt, sie soll nicht obligatorisch ein Gutachten abgeben, sondern es sollen wieder separate Gremien geschaffen werden, um die Zusammenarbeit zu garantieren. Will man jetzt die Region aufrechterhalten oder will man sie nicht aufrechterhalten?

Dasselbe gilt dann auch bei der Volkszählung. Hat man bei der Volkszählung zum Beispiel dem Rechnung getragen, was man bereits zu einem späteren Zeitpunkt gemacht hat, dass man nur einmal im Leben die Volkszählung abgeben muss und diese bleibt dann, wenn man sie nicht ändert? Man kann sie jederzeit ändern mit entsprechender Laufzeit von 18 Monaten usw. Will man hier sagen, es braucht in Zukunft die Volkszählung ... Man kann eine Sprachgruppenerklärung im Grunde genommen machen. Man kann eine Ad-hoc-Erklärung machen.

Dasselbe gilt auch für die Zweisprachigkeit. Da ist auch zwischen den Einzelnen wieder zum Teil ein bisschen ein Unterschied. Die einen sagen, dass sie eigentlich nicht die Zweisprachigkeitsprüfung zu machen brauchen, sondern aufgrund der praktischen Kenntnis der Sprache sollte im Grunde genommen festgestellt werden, ob der Betreffende die Sprache beherrscht. Dann kann ich aufgrund der Beherrschung der Sprache bei jedem Wettbewerb mitmachen. Ich bitte, dass Sie mir auf diese zwei, drei Fragen eine Antwort geben. Ich hätte natürlich mehr zu sagen, aber ich möchte den anderen auch etwas lassen.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Zur Vorgehensweise zunächst einmal. Die 8 Arbeitsgruppen haben unabhängig voneinander gearbeitet. Es wäre wahrscheinlich nicht gegangen, dass zu all diesen Themen auch mit 100, 80 oder 70 Leuten gleichzeitig hätte gearbeitet werden können. Die Moderation wurde allen Gruppen angeboten, aber wir können nicht davon ausgehen, dass zu den Einzelergebnissen und Vorschlägen bereits in den Arbeitsgruppen Konsens oder Nicht-Konsens ...

DURNWALDER Luis: Zum Vorschlag des Forums der 100.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Der einzelnen Arbeitsgruppen.

DURNWALDER Luis: Ein Vorschlag jeweils der 15.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Das ist so konzipiert gewesen.

DURNWALDER Luis: Ich würde mir das, was Herr Kripp gesagt hat, irgendwie gefallen lassen, aber das ist jetzt alles vorbei, dass man öfter zusammengekommen wäre, über einzelne Themen zu reden und danach irgendwie ein bisschen eine Koordinierung zu machen zwischen dem Konvent der 33 und dem Forum der 100 oder wenigstens innerhalb der Gruppierungen, weil das im Grunde genommen der Vorschlag von 15 ist.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Beim letzten Treffen am 29. April wurden zwar die Ergebnisse sehr synthetisch vorgestellt, aber darüber wurde nicht diskutiert.

DEJACO Patrick: Vielleicht sollte man dazusagen, dass einfach auch die Vielfalt des Landes hier zum Ausdruck kommt, speziell wenn wir es bei der Schule anschauen, wo zwei nebeneinander stehen. Ich glaube, das bildet auch die Realität in unserem Land ab.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Questo per quanto riguarda la metodologia, però il documento è fatto, è stato presentato così, quindi siamo noi a dover trarre le conseguenze di questo metodo. Rilevo anch'io questa problematica, che comunque gli otto documenti non rappresentano l'intero forum. Ne prendiamo atto, questa è stata la metodologia che è stata adottata. Può fare le tre domande che aveva posto in modo preciso, e in modo che tre di voi possano rispondere?

PLONER Edith (Vizepräsidentin): Region.

DAPUNT Ingrid: Ich muss Ihnen, verzeihen Sie Herr Durnwalder, leider widersprechen. Was uns immer wieder ganz überrascht hat, ist, wie wenig und wie konfus unter der Bevölkerung, unter den Politikern und unter den Experten das Thema "Zweisprachigkeitszugehörigkeitserklärung" ist. Der Südtiroler bekommt im Alter von 18 Jahren eine Aufforderung und muss sich dann erklären, in dem Jahr, in dem er 18 ist. Es gibt Ausnahmen unter 18, aber das betrifft uns jetzt nicht. Ansässige, die von auswärts kommen, müssen sich im ersten Jahr, wo sie ansässig sind, erklären. Wenn sie das nicht machen, wenn sie es zu einem späteren Zeitpunkt machen, und das passiert viel häufiger als wir denken, dann müssen sie 18 Monate warten, bis sie

eine Erklärung bekommen. Sie können die Erklärung machen, aber sie bekommen 18 Monate keine Zweisprachigkeitserklärung. Diese braucht man für jeden Wettbewerb, diese braucht man beim Wohnbauinstitut, diese braucht man für viele Sachen. Der Südtiroler fühlt sich Südtiroler, das haben wir ja festgestellt. Der denkt gar nicht daran, dass es so wichtig ist. Wir haben ganz berühmte Beispiele. Ich will jetzt nicht Namen nennen in Politikerfamilien usw., wo die Kinder das vergessen haben, obwohl sie einen eingeschriebenen Brief von der Gemeinde bekommen. Auf dem Land kommt man irgendwann drauf. Der Bauer will Förster werden, die Frau möchte im Altersheim in der Küche arbeiten usw. Da machen sie die Zweisprachigkeitsprüfung und denken, dass es damit getan ist. Damit ist es noch lange nicht getan. Ich kann diese auch nicht so ohne weiters umändern, sondern fünf Jahre nach der ersten Erklärung kann ich erst die Umerkklärung machen und da muss ich zwei Jahre warten, bis diese Umerkklärung gültig ist, also ich muss, wenn ich es wieder ändern will, wieder fünf Jahre warten von der ersten und dann wieder zwei Jahre. Unser Vorschlag wäre auch gewesen, dass man nach zehn Jahren ändern kann und dann ist sie sofort wirksam, denn es ist ein Schlamassel. Wenn jemand die Zugehörigkeit aberkennen will, das kann er auch, er kann sagen, ich nehme meine Erklärung zurück, wenn er dann die Erklärung wieder macht, wartet er drei Jahre, also für einen normalen Bürger, und das weiß fast niemand. Wir waren x-Male am Gericht, um irgendwie einen Durchblick zu kriegen.

Eine andere Sache vielleicht, was wir auch angeschnitten haben. Es ist nicht so lang. Die Auswärtigen, also auch EU-Bürger, Nicht-EU-Bürger usw. können jederzeit kommen und sich erklären, gehen zum Schalter und gehen mit der Bestätigung raus, sofort wirksam. Das ist einfach eine große Ungerechtigkeit.

DURNWALDER Luis: Ich habe diese abgeänderte Sprachgruppenerhebung selber mit Brüssel ausgehandelt. Deswegen weiß ich darüber genau Bescheid. Das, was Sie sagen, stimmt in der Form in der Praxis einfach nicht. Tatsache ist, dass wir das deswegen gemacht haben, damit jemand nicht irgendwie für zehn Jahre gebunden ist, sondern dass er jederzeit die Abänderung machen kann und, zweitens, damit er nicht irgendwie aus egoistischen Überlegungen, wenn irgendein Posten ausgeschrieben wird, an dem sich beteiligt. Deswegen haben wir gesagt 18 Monate, weil irgendwie in der Zwischenzeit der Posten vergeben ist. Sonst wird sich jeder so erklären, wie er eben glaubt, dass er einen Vorteil hat und das muss ausgeschaltet werden. Ich kann es auch nicht vergleichen mit einem Nicht-EU-Bürger oder EU-Bürger, der hierher kommt, denn der kommt zum ersten Mal. Deswegen muss ihm die Erklärung gegeben werden, aber der andere hat die Möglichkeit gehabt. Er hat sogar von der Gemeinde aus einen Brief bekommen, dass er

sich erklären kann. Wenn Sie in die Geschichte zurückgehen, dann können Sie feststellen, dass sich das so verbessert hat, dass heute im Grunde genommen, wenn wir nicht die Probleme machen, keine Probleme mehr da sind.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Una breve risposta e poi finiamo questo tema. Ingrid Dapunt, prego.

DAPUNT Ingrid: Was noch dazukommt, ist, dass man die Zweisprachigkeitserklärung abholen muss über einen Vertreter oder persönlich. Mir hat jemand gesagt, dass beim letzten Wettbewerb Erario? 5.000 Bewerber waren. Diese holen alle diese Erklärung, welche streng geheim ist und dann wird für die Gewinner das Kuvert geöffnet, aber ich kann Ihnen versichern, dass die Situation genauso ist mit den 5 Jahren 18 Monaten usw.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Stefano Zanotti, prego.

ZANOTTI Stefano: Correggetemi se sbaglio, ma in merito al metodo del lavoro, ricordo che forse nella seconda riunione o forse era già alla fine della prima riunione, i 100 avevano deciso di lavorare in gruppo, in quanto non si sarebbe concluso niente in sei appuntamenti previsti. La prima riunione, sappiamo come è andata, era una preliminare, erano le votazioni per i rappresentanti della Convenzione dei 33, dopodiché ricordo che si formavano dei gruppi di lavoro e ogni documento finale di questo gruppo di lavoro veniva "automaticamente" riconosciuto dai 100 in quanto non c'era tempo sufficiente per discutere tutti e 100, anche se magari si era solo 60 o 70, per arrivare a delle conclusioni concrete. Anch'io vedendo il documento finale, l'ho interpretato con quello che ricordavo dallo scorso anno.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Qualcuno di voi vuole rispondere ancora alle domande di Luis Durnwalder?

PSENNER Matthias: Vielleicht noch bezüglich Region. Es war einfach viel zu schwierig, für eine genaue Entscheidung einen Konsens zu finden. Von allen Bevölkerungsteilen waren Mitglieder, deshalb haben wir uns vorsichtig dran getraut und es gab gar keine Meinung, dass die Region so beibehalten werden soll wie sie jetzt ist. Es gab die Meinung, aber nicht den Konsens, dass die Region total abgeschafft

werden soll. Deshalb haben wir versucht, einen Konsens zu finden, wie man ungefähr zusammenarbeiten soll. Es kam die Idee mit Ad-hoc-Organen auf, dass es nicht mehr die "Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol" geben soll, sondern eine "Unione regionale". Das sind verschiedene Ideen, die wir als gut betrachten, aber eine konkrete Entscheidung konnten wir nicht treffen. Danke!

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Florian von Ach, prego!

VON ACH Florian: Ich hätte auch nur eine Frage zur Arbeitsweise. Warum wurde eigentlich in den Berichten nicht festgehalten, wer innerhalb der Untergruppe für welche Position sich erklärt? Mir hätte das eigentlich mehr geholfen, um zu sehen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Das wäre von mir aus gesehen eigentlich klarer gewesen.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Christian Mair, prego.

MAIR Christian: Das wurde sehr wohl gemacht. In der Arbeitsgruppe 6 wurden die Punkte, zu denen Konsens festgestellt wurde, neben den Punkten genannt, die keinen Konsens gefunden haben, die ich im Übrigen gar nicht vorgestellt habe, weil die Zeit nicht ausgereicht hat.

VON ACH Florian: Das ist aber nicht das, was ich angemerkt habe. Ich hätte mir erwartet, dass gerade in den Punkten, wo kein Konsens herrscht - wenn Konsens der Einstimmigkeit herrscht, dann ist es ja klar, dass alle Mitglieder der Arbeitsgruppe dieser Ansicht sind, sonst wäre es ja nicht in Konsens gegangen - ich daneben lesen kann, wie viele – ich muss nicht die Namen hinschreiben – Mitglieder zumindest dieser Gruppe der ersten, zweiten oder dritten Lösung zuneigen.

MAIR Christian: Das liegt in der Arbeitsweise. Vorgegeben war nur Konsens oder Nicht-Konsens festzustellen. Deshalb hat jeder Einzelne ein Veto-Recht sozusagen. Jede einzelne Meinung ist im Prinzip die Minderheitenposition, die nebeneinander gleichwertig steht.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Poi l'abbiamo ripetuto già tante volte all'interno della Convenzione, se si opera sul consenso non si contano poi le persone, perché diversamente sarebbe il principio di maggioranza. Prof. Toniatti, prego.

● ● ● ● ● ● ● ●

TONIATTI Roberto: Come prima reazione alla presentazione dei risultati del lavoro del Forum dei 100, sono rimasto molto colpito favorevolmente, perché tutta la documentazione che ci viene presentata testimonia di un grandissimo impegno per cominciare, e testimonia anche del fatto che vi è pluralità di opinioni. In questi casi mi piace molto vedere una società civile, plurale, articolata, vocale che si divide su una serie di punti, soprattutto perché credo che questo lavoro debba essere esaminato nella prospettiva del punto dal quale arriva, della sua origine non della sua destinazione. Quindi la sua origine testimonia tutta questa ricchezza della quale ho parlato e per quanto riguarda la sua destinazione evidentemente non dipende dal Forum dei 100, così come non dipende da poveretti noi della Convenzione dei 33. Sono tante indicazioni che arrivano al decisore politico, insieme a tante altre, perché se il procedimento prosegue ci saranno dibattiti sui giornali ecc. Da questo punto di vista credo che sia utile per il decisore politico poter fare affidamento su una società civile così attenta e plurale. Certo la mediazione diventa più difficile, ma questo credo sia il motivo per il quale la politica è definita da qualcuno n'arte e da qualcuno una scienza.

Avrei una domanda, fra i tanti temi interessanti che sono stati svolti. Al gruppo 4 sui ladini, soprattutto laddove si parla dei ladini che si trovano al di fuori dei territori che rientrano nelle due province. È un'esigenza antica risalente, sulla quale credo che nessuno abbia mai investito in maniera particolare, vorrei capire se avete anche individuato dei modi preferenziali per i quali avviare per lo meno un processo che non sia solamente fatto di alleanze, di associazioni e così via, ma possa avere una qualche fase di concretezza, perché credo che nel momento in cui il nuovo statuto sarà un negoziato fra l'autonomia speciale e lo Stato italiano, forse in quel contesto, con buona pace della regione Veneto, si potrebbe dare qualche indicazione.

PLONER Edith (Vizepräsidentin): A questa domanda rispondo io. Non abbiamo ancora individuato una procedura precisa. Abbiamo avuto anche un esperto, che era l'ex presidente del tribunale, Heinrich Zanon, che ci ha segnalato che non sarà compito della revisione dell'autonomia spostare i confini della provincia, e di questo siamo consci, solo che noi rivendichiamo questa appartenenza storica dei ladini dolomitici, e vorremmo che l'Alto Adige-Südtirol si prendesse carico anche dell'attuazione dell'esito del referendum del 2007. Chiaramente sappiamo che è una procedura che non è insita nelle competenze della Provincia, però chiediamo un impegno anche qui da parte della Provincia autonoma in questo senso.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Claudio Corrarati, prego.

non è stato nemmeno citato il fatto che mi ricordo, sotto richiesta di alcuni neocittadini ed extracomunitari immigrati che vivono sul territorio, avevo la percezione di portare avanti come portavoce una loro proposta, cioè quella di creare nella nostra provincia una specie di registro, comunale o provinciale lo deciderà l'istituzione, che contenga tutte le statistiche riguardo questa fetta di popolazione, perché possa essere pubblicata nei social media, su internet, che sia creato anche magari un sito dove possiamo, come cittadini semplici e come associazioni che trattano questo fenomeno, trovare delle statistiche chiare. Infatti io personalmente sono andata a vedere in internet e riguardo i neocittadini ci sono poche statistiche a livello nazionale ma a livello regionale e provinciale non trovo niente. Questa è una piccola richiesta ma fondamentale soprattutto per le associazioni che lavorano in questo ambito.

Vorrei citare di nuovo la nostra prima proposta che io in parte condivido, che riguarda il fatto di trovare un quarto gruppo linguistico che comprende sia le famiglie di mistilingue che altre provenienze. Sul fatto che ci sia un quarto gruppo linguistico che comprende i neocittadini, vi assicuro che gli extracomunitari, gli immigrati e i neocittadini non sono d'accordo, quindi non so da chi sia stata appoggiata questa idea.

Come neocittadini vorrei avere la libertà di scegliere io stessa, in quanto essere umano libero, il gruppo linguistico a cui appartenere. Non permetto che venga inclusa in un gruppo in maniera impulsiva. Siccome non lo voglio io da libera cittadina, non lo vorrebbero neanche 52 mila immigrati che ci sono sul territorio.

DELTEDESCO Michael: Innanzitutto quello che hai detto prima è veramente un riassunto del riassunto. Tante altre cose sono nelle proposte, e comunque anche queste due cose sono incluse nelle proposte, soprattutto la prima. Per quello che riguarda il quarto gruppo linguistico, ne abbiamo discusso l'ultima volta dove tu non c'eri e alla fine abbiamo deciso che forse bastano questi tre gruppi.

Per la statistica, i dati ecc. è incluso nella proposta.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Janah Maria Andreis, prego.

ANDREIS Janah Maria: Auch ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Forums der 100 bedanken, insbesondere bei meiner Arbeitsgruppe 5, bei Martin Telch und Kathrin Pichler, die die Arbeiten wirklich exzellent koordiniert haben, also wirklich herzlichen Dank.

Ich hätte dann noch eine kleine Frage an Stefano Zanotti che è esponente delle valli ladine e quindi per mia curiosità mi chiedevo, visto che nelle valli ladine vige il modello scolastico paritetico, magari se è così gentile da esporci degli esempi pratici positivi, se esistono da applicare ad altri contesti, se ci sono.

Ho notato poi che nelle vostre slide c'erano dei colori particolari che cambiavano in base alla lingua. C'è un significato dietro? Giusto per curiosità.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Stefano Zanotti, prego.

ZANOTTI Stefano: Tolgo subito una curiosità. Le lingue rispecchiavano il PEL, per chi lo conosce in ambito scolastico, che è il Portfolio Europeo delle Lingue, issia il rosso rispecchiava il tedesco, il giallo l'italiano, il verde il ladino e quell'unica frase in inglese il blu.

È vero, tante discussioni quasi ci imbarazzano di dover ancora affrontare, dopo 70 anni, in quanto da noi, apro una breve parentesi, si va anche oltre il sistema scolastico per quello che riguarda la convivenza fra gruppi etnici. La scuola può avere un ruolo fondamentale, un ottimo punto di partenza, ma naturalmente ancor di più è la vita quotidiana, nelle associazioni. Fa lo stesso se associazioni sportive, musicali, culturali o quant'altro, tutti noi cresciamo insieme ma sin dal primo giorno di vita. Questo ci porta ad avere un gran rispetto dell'altro, ci porta a conoscere in modo approfondito la storia e la cultura dell'altro, e questa facilita la convivenza. La scuola la ritengo il passo fondamentale per partire in questo senso.

Spiego un attimo la scuola paritetica che c'è nelle valli ladine, soprattutto con certezza in quella do Ortisei, ma è lo stesso in tutte e due le valli, e poi vorrei aggiungere una cosa importante, anzi vedo che inizia con la finalità di questa scuola: la salvaguardia e la promozione della lingua e della cultura ladina. Questo è una delle finalità principali. La competenza paritetica in lingua tedesca e italiana. L'insegnamento viene svolto per lo stesso numero di ore nelle due lingue, italiana e tedesca, oltre alla sola lingua anche nelle varie materie, e addirittura per agevolare l'accesso all'istruzione scolastica, per coinvolgere i bambini provenienti da ambiti familiari plurilingui, più che mai attuali a livello provinciale, si attuano specifiche attività ludiche plurilingui in lingua in periodi ben definiti dalla programmazione educativa. Cosa importantissima, i gruppi non vengono separati a seconda della lingua, assolutamente no. Nella scuola primaria c'è l'alfabetizzazione plurilingue. Fin dal primo anno della scuola primaria gli alunni apprendono le tecniche culturali fondamentali avvalendosi delle tre lingue in maniera possibilmente bilanciata. Sempre nella scuola primaria l'alternanza settimanale, infrasettimanale, annuale o per argomento delle lingue di insegnamento italiana e tedesca, nel complesso sul totale generale delle ore di insegnamento deve essere garantita la

parità tra le lezioni impartite in italiano e tedesco. Il ladino viene insegnato per due ore alla settimana. La religione viene insegnata usando tutte e tre le lingue addirittura, in lezioni distinte per argomento ovviamente. Dalla quarta classe, come ho sottolineato anche nella mia relazione, si aggiunge l'inglese per due ore settimanali, perché l'inglese è indispensabile per le future generazioni. E di una cosa sono non convinto, a di più, perché l'ho vissuto in prima persona, che tutto ciò fino a prova contraria non porta a perdere l'identità di nessuno, anzi la rafforza, perché l'ha potuta confrontare con le altre, ne ha imparate altre per cui l'identità, storia e cultura non vanno perse, anzi!

(Applaus – applauso)

ANDREIS Janah Maria: Volevo solo dire a Olfa Sassi che tutti gli anni l'Astat pubblica la statistica sull'immigrazione sia per quanto riguarda la popolazione immigrata ma anche quante persone immigrate ci sono a scuola. Al momento esistono a livello provinciale ed anche allo studio Idos che è la statistica nazionale sull'immigrazione. Quindi esistono le statistiche, poi non so come vorrebbe lei questa statistica.

WIDMANN Andreas: Auch ich möchte den Sprechern und allen Mitgliedern des Forums der 100 danken, die mitgearbeitet und einen großen Einsatz aufgeboden und große Arbeit geleistet haben.

Zur Methode. Die Methode, in Arbeitsgruppen zu arbeiten und die Ergebnisse so vorzutragen, hat den Nachteil, dass man nicht mit einer Stimme spricht, aber sie hat den Vorteil, dass wir dadurch sehr gut ausgearbeitete und, aus meiner Sicht, auch sehr qualitativ gute Dokumente hier vorgestellt bekommen haben. Es stimmt sicher, dass vieles davon politische Programmatik wäre und vielleicht besser an den Landesgesetzgeber gerichtet wäre. Aber das ist auch kein Problem, denn es gibt viele Visionen der Zivilgesellschaft wieder und es landet ja auch beim Landtag. Insofern ist es dort auch sicher gut aufgehoben. Vieles war aber sicher drinnen, was auch für mich eine wichtige Anregung ist, die ich noch in die Diskussion der 33 einführen möchte. Den meisten von uns wird es sicher auch so gegangen sein.

Ich habe aber jetzt eine ganz präzise Frage an die Gruppe 7, die vielleicht überholt ist nach der Intervention von Olfa Sassi. Ich habe noch immer nicht ganz verstanden: Wenn man entweder gemischtsprachige oder zugewanderte, also neue Bürger statistisch als Gruppe erfasst, heißt das dann, dass man in unserem politischen administrativen System für Proporz und Sprachregelung auch eigene Kategorien einführen soll?

DELTEDESCO Michael: Nein, ganz konkret. Der Vorschlag mit der Erhebung, der Zugehörigkeit oder der Herkunft war ein Vorschlag von Olfa Sassi, wohl wissend, das habe ich, glaube ich, auch erwähnt, dass es bereits Statistiken gibt. Erst vor einigen Wochen gab es eine Statistik über die Zuwanderung in Südtirol und über die Herkunft von neuen Mitbürgern aus den verschiedenen Nationalstaaten. Der Hintergedanke war ein rein statistischer und nicht irgendeiner, der mit dem Proporz usw. verbunden wäre. Es war eine rein statistische Erhebung. Wir haben auch angemerkt, dass es bereits solche Zahlen mehrfach gibt. Aber es war trotzdem der Wunsch, dies auch in das Dokument einzufügen.

POLONIOLI Laura (Vizepräsidentin): Luis Durnwalder, prego.

DURNWALDER Luis: Sie haben auf eine Art Landesverfassung Bezug genommen. Gehen Sie davon aus, dass für Südtirol eine Landesverfassung gemacht würde? Sie nehmen in einigen Vorschlägen auf die Landesverfassung Bezug, wo dann irgendetwas hineinkommen müsste.

Dann reden Sie vom Ausgleich der Regionen. Sie sagen, wenn wir auf die Regionen übergehen, dann muss zwischen den Regionen ein Ausgleich erfolgen. Sie können sich auf die gesamten Regionen Europas beziehen, aber Sie wissen ja selber, dass das nicht wir im Autonomiestatut festlegen können. Wir könnten nur sagen, dass wir bereit sind bzw. die italienische Verfassung könnte sagen, dass die einzelnen Regionen einen Ausgleich geben müssen. Das ist mit dem Finanzabkommen bereits vereinbart, dass das gemacht wird. Mich würde interessieren, ob Sie das mehr oder weniger auf italienische Verhältnisse beziehen oder auf EU-Verhältnisse.

Das Nächste: Sie sagen die Diözese Bozen-Brixen-Innsbruck soll wieder gemacht werden, wobei ich nicht weiß, ob viel Freude da sein wird, dass man wieder eine Diözese macht.

Religion. Ich bin der Meinung, dass die gesamte Religion in Ethik umgewandelt werden sollte, weil letzten Endes die Ethik für alle Religionen gilt, nicht nur für die katholische Kirche und für die anderen nicht. Ethik ist ein Grundsatz jeder einzelnen Religion. Wenn man generell den Begriff "Religion" mit dem Begriff "Ethik" ersetzen würde, dann wäre es, glaube ich, für alle gut. Man kann dort von den gemeinsamen Grundwerten eines jeden Menschen reden.

Toponomastik. Hier hat man ein bisschen herumgeredet. Man hat alle Möglichkeiten aufgezeigt, aber das Wichtigste, das eigentlich drinnen wäre, hat man nicht angeführt. Vielleicht hat man davon geredet, dass die historisch gewachsenen Namen, so wie es das Abkommen Fitto/Durnwalder vorsieht und wie es auch

von der Regierung bereits genehmigt worden ist, die Grundlage sein muss. Letzten Endes hat man sich auf diesen Schritt bereits geeinigt, auch wenn es sicher nicht allen gefällt.

Als Letztes. Es wird vorgeschlagen, dass die Europaregion mehr oder weniger die Region heute mit übernehmen sollte. Es ist natürlich klar, dass wir das heute nicht ins Autonomiestatut Südtirols hineinschreiben können. Da muss ja auch Wien zustimmen. Das ist nicht nur eine Sache, die uns betrifft, sondern auch Wien. Ich glaube nicht, dass Wien damit einverstanden sein könnte.

Wenn man eine eigene Kommission vorsieht, dann wird das mit der Zeit schwierig. Sie sagen nur im Einvernehmen. Ob man dann überhaupt was machen kann, wenn es zunächst das Einvernehmen zwischen Bozen und Trient braucht. Sie können sicher sein, dass in vielen Punkten kein Einvernehmen erzielt wird, weil es Differenzen gibt. Es gibt die 6er Kommission, die 12er Kommission, dann gibt es die einzelnen Ministerien. Dann soll es noch eine Kommission Wien-Rom und Bozen-Trient geben. Glauben Sie nicht, dass das ein bisschen kompliziert ist?

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Chi vuole rispondere? Christian Mair, prego.

MAIR Christian: Ich glaube, ich war der Adressat zumindest bei den meisten Punkten. Es waren sehr viele Fragen. Ich werde versuchen, zu antworten.

Landesverfassung. Das ist, unserer Meinung nach, der vielleicht wichtige Ansatz, um einem föderalen Europa der Regionen zu begegnen. Wenn eine Landesverfassung in der italienischen Verfassung steht, dann würde die italienische Verfassung die Landesverfassung gewährleisten im Prinzip. Das wäre eine dritte Möglichkeit neben Selbstbestimmung oder Autonomie. Wir haben uns an die Landesverfassung von Schleswig-Holstein angelehnt. Deutschland ist natürlich ganz anders organisiert und ist ein Bundesstaat. Ich denke, die Ausführungen, die in unserem Bericht stehen, finden das als positives Beispiel und als Modell für ein Europa der Regionen. Das habe ich auch im letzten Satz versucht anzusprechen. Die Autonomie gibt Stabilität für Südtirol, aber wir sollten auch ein gesamtes Bild von Europa im Auge haben. Man könnte durchaus Wien und Rom daran erinnern, dass mehr Föderalismus und ein Europa der Regionen eine Stabilität in ganz Europa bringen könnte. So ist eben auch der Länderausgleichsfonds zu verstehen. Ich denke, dass Südtirol diesbezüglich schon Verantwortung übernehmen könnte.

DURNWALDER Luis: Ma non posso metterlo nello statuto di autonomia. Questo è un invito.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Chi vuole rispondere? Prego.

KRIPP Sigmund: Für mich stellt sich nach diesen Fragen eigentlich die Grundsatzfrage nach der Wirkmächtigkeit des ganzen Konvents sozusagen. Das Problem, wir haben es angesprochen, ist, dass 8 Gruppen 8 Dokumente produzieren, die nicht miteinander abgestimmt sind. Auch wenn sie verschiedene Kapitel berühren, haben sie auch gemeinsame Kapitel, die aber doch different herauskommen. Die Transmissionsverluste vom Forum der 100 in den Konvent der 33 bleiben. Das, was dann der Landtag vom Konvent der 33 übernimmt, ist dann auch wieder fraglich. Für mich ist es schon ein Grundproblem sozusagen, wir sprechen hier sehr viel an, es sind gute Ideen, aber die Wirkmächtigkeit unserer Arbeit ist sozusagen nicht abzuschätzen. Das ist eigentlich das fehlende Glied in dem ganzen Projekt. Was muss ankommen und was kann ankommen? Wer entscheidet darüber nachher, was ankommt im Landtag bzw. im neuen Autonomiestatut, denn darum geht es ja eigentlich?

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Florian von Ach, prego.

VON ACH Florian: Ich hätte eine Frage an Sigmund Kripp. Sie hatten die Selbstbestimmung als wesentliches Thema in Ihrer Gruppe. Wo sehen Sie diese aber im Autonomiestatut am besten verankert oder sehen Sie diese im Autonomiestatut verankert, sollte diese dort verankert werden?

KRIPP Sigmund: Ja natürlich. Heute ist sie ja nicht drinnen sozusagen mehr oder weniger. Das ist etwas, was man beanspruchen muss. Das heutige Autonomiestatut ist ja nicht von den Südtirolern geschrieben worden, sondern letztlich in Verhandlungen mit Italien abgestimmt gemacht worden. Wir haben keine Statutenhoheit. Wir können nicht sagen, wir machen jetzt ein neues Autonomiestatut und die Italiener bzw. Rom kann das absegnen oder nicht, aber wir machen es vorher als Ganzes. Das ist nie passiert, sondern das Ganze basiert auf einem Pariser Vertrag und dann ist 50 Jahre herumgefeilt worden. Aber die eigentliche Statutautonomie haben wir nicht. Wir können nicht in Italien hergehen und sagen, wir schmeißen alles weg, auf dem unsere Autonomie basiert und wir machen ein neues Statut. Das ist nicht vorgesehen und das müsste man sich nehmen. Das ist sozusagen das Kernelement der Selbstbestimmung. Ob das dann innerhalb Italiens sich abspielt mit einem Statut, das wir gemacht haben, oder in einem anderen Konstrukt, wie immer das dann ist, ist frei. Wir haben nicht das Autonomiestatut gemacht.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Ci sono altri interventi?

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich hätte einige Fragen. In vielen Arbeitsgruppen hat man sogar das Gefühl, dass das Thema "Mehrsprachigkeit" "Sprachenerwerb" doch von einer großen Bedeutung war. Meine Frage ist zur Diskussion, die in diesen Gruppen über die Bühne gegangen sein dürfte, einmal die Arbeitsgruppe 3, glaube ich. Da werden wissenschaftliche Arbeiten zitiert. Hat man in dieser Arbeitsgruppe auch darüber diskutiert - wissenschaftliche Arbeiten gibt es eben -, dass das frühe Sprachenerlernen von Vorteil ist? Es gibt mittlerweile auch wissenschaftliche Arbeiten, die sagen, auch wenn das später erworben wird, dann ist das nicht von großem Nachteil.

Eine zweite Frage vielleicht auch an die Arbeitsgruppen, die sich mit dem Thema "Mehrsprachigkeit" befasst haben. Gab es Diskussionen in den Arbeitsgruppen, dass der nationalstaatliche Kontext, in dem sich Südtirol befindet, bestimmte Schutzmechanismen bewirkt hat? Ich möchte mein Beispiel aus der Wirtschaftswissenschaft bringen. Die freie Marktwirtschaft funktioniert beispielsweise nur gut, wenn es Leitplanken gibt. Gibt es diese Leitplanken nicht, dann führt der freie Markt sehr rasch zu Monopolbildung oder zumindest zu einer Oligopolbildung. Deswegen sage ich, der Ansatz, dass man hier im Schulwesen in Südtirol vieles liberalisiert, klingt sehr interessant, aber der Liberalismus ist teilweise oder, sagen wir so, der Neoliberalismus ist der falsche Freund des Liberalismus. Man muss aufpassen, dass man vom Liberalismus nicht in den Neoliberalismus geht. Meine Frage ist: Hat man sich in diesen Arbeitsgruppen Gedanken gemacht, dass die nationalstaatliche Zugehörigkeit aus einem sehr liberalen System sehr schnell nicht Mehrsprachigkeit machen könnte, sondern wir dann in einer nationalstaatlichen Einsprachigkeit enden könnten, wie es im Aostatal der Fall ist. Hat man vielleicht sogar diskutiert ... Das wäre jetzt spannend, das ist das beispielsweise, was mich sehr stark mit dem Gedanken einer Eigenstaatlichkeit für Südtirol interessiert, wo ich sage, das sind beispielsweise Leitplanken ... Der eigenstaatliche Status für Südtirol wären Leitplanken, wo man sagt, dann kann man diese Dinge wirklich sehr liberal angehen, weil eben der Rahmen ein anderer ist. Es wäre ganz interessant, wie die Dynamik in diesen Gruppen war, ob diese Themen auch angesprochen wurden.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Stefano Zanotti, vuoi rispondere tu?

ZANOTTI Stefano: Was die Früherlernung der Sprachen anbelangt, habe ich das, glaube ich, genug auf Italienisch betont: Che riescono mediamente ad assimilare contemporaneamente e con maggior facilità

più lingue. Das heißt natürlich, es ist keine Regel. Es gibt Situationen und die Situationen, natürlich, nach wie vor, auch wer in den Zeitpunkt in einer Zeit der Zeit, die, sage ich mal, die zweite bzw. eine dritte Landessprache erlernt hat, hat vielleicht genauso gut gelernt. Ich rede, also wir reden, nicht ich rede. Ich vertrete eine Gruppe, die meint, dass das durchschnittlich schon eine Tatsache ist. Ich habe auch dazugesagt, weil das eigentlich ein Thema ist, das, glaube ich, nur, sage ich, für eine kleinere Gruppe gesprochen wurde oder? Was die Früherlernung der Sprachen anbelangt, so wie ich das vorgebracht habe. Wir sind schon auch der Meinung, dass das, wie ich es gesagt habe, eine dritte Schiene werden soll, also alles, was ist, soll so bleiben. Nur denjenigen soll eine Möglichkeit gegeben werden, die an das glauben. Was im Endeffekt besser oder schlechter sein könnte, werden wir sehen. Ich habe öfters im Konvent der 33 dieses Beispiel von Aosta gehört, weil ich den Konvent der 33 relativ viel verfolgt habe. Deshalb habe ich die Gelegenheit ausgenützt, die Frage, die ich bekommen habe, zu betonen. Ich persönlich oder unsere Gruppe kann persönlich nur das Beispiel aus Ladinien nehmen, wo diese Realität ein Fakt ist.

GRAZIADEI Stefan: Die schwierige Frage ist wirklich diese. Ist eher das Aostatal ein richtiger Vergleich oder ist Ladinien der richtige Vergleich? Das ist, glaube ich, die schwierige Frage, auf die du vielleicht noch klarer antworten musst, wenn du mehr Personen ...

ZANOTTI Stefano: Wenn ich darf ...

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Siccome ci avviciniamo alle 21, possiamo dare una risposta veloce, brevemente poi anche a Verena Geier.

ZANOTTI Stefano: Ich spreche schon ein bisschen persönlich. Ich finde das ladinische Beispiel für Südtirol besser als Aosta, weil einfach die Realität mehr ist. Da wird Deutsch und Italienisch und natürlich gleichzeitig Ladinisch gesprochen. Das finde ich eine sehr gute Grundlage zu starten und sich zu konfrontieren. Ich habe, glaube ich, hoffe nie gesagt, das soll südtirolweit so werden, aber in bestimmten, sage ich mal, Großstädten vielleicht kann es ein Startpunkt sein, wo man sich konfrontieren und ein bisschen spezifisch in die Realität einer Stadt oder einer anderen Stadt reingehen kann. Jetzt soll es auch klar sein. So ein Vorschlag soll nicht von heute auf morgen landesweit gehen, das ist ganz klar und niemand redet davon. Wir wissen, dass es im Unterland, was die Realität anbelangt, ganz anderes als im Vinschgau

oder im Pustertal ist, aber starten wir einmal von den Großstädten. Ich bin der Überzeugung, dass die Grundlage da ist, um zu starten.

GEIER Verena: Es gab ja noch eine Gruppe in dieser Arbeitsgruppe, die sich ganz klar dafür ausgesprochen hat, dass das Sprachenerlernen in jungen Jahren gar nichts bringt. Es gibt einige Studien, einige Professoren, die auch Preise dafür gewonnen haben. Es ist ganz klar, dass zuerst die Muttersprache perfekt erlernt werden muss, bevor dann mit Fremdsprachen begonnen wird. Natürlich müssen wir uns auch im Klaren sein, dass wir hier in einem Minderheitsgebiet leben und deshalb die Muttersprache einfach das Wichtigste ist.

POLONIOLI Laura (Vizepräsidentin): Vista l'importanza della riunione di oggi, sono già le ore 21, però Vi chiedo ancora qualche minuto di attenzione. Chiedo al rappresentante dell'Eurac di dire due parole sul metodo che è stato molto discusso ora. La parola a Marc Röggl, prego.

RÖGGLA Marc: Ich glaube, es sind ein paar Dinge zur Methode gesagt worden, die wir heute nicht unkommentiert stehen lassen können und die eine kurze Erklärung brauchen. Ich möchte nur ganz kurz sagen, dass, sei es im Landesgesetz, sei es bei jedem Open Space, sei es beim Forum der 100, von der Eurac immer erwähnt wurde, dass es sich um ein Beispiel partizipativer Demokratie handelt und partizipative Demokratie immer konsultativ ist, erstens.

Das Zweite ist das Konsensprinzip. Das ist auch so im Landesgesetz festgelegt worden. Nach dem ist gearbeitet worden. Natürlich ist klar, dass es dann irgendwie dekliniert werden musste.

Zur Arbeitsweise möchte ich Sabina Frei als Moderatorin, die wirklich den Prozess mit den Arbeitsgruppen ganz genau verfolgt hat, bitten, das noch einmal kurz zu erklären.

Ich will nochmals sagen, partizipative Demokratie ist immer konsultativ, also ist es in der Natur der Sache, dass man eben nicht weiß, was der Konvent mit den Ergebnissen macht, vor allem was der Südtiroler Landtag mit diesen Ergebnissen macht. Das war von vornherein so festgelegt und das wurde auch immer so kommuniziert und ist, glaube ich, auch wichtig, dass es von Anfang an ganz, ganz stark unterstrichen wurde.

FREI Sabina: Marc hat es schon angedeutet. Der Konvent als Ganzer, das betrifft natürlich auch den Konvent der 33, ist ein Entscheidungsfindungsprozess. Es ist ein partizipatives Verfahren, das unterscheidet

sich sehr stark, oder ein Element partizipativer Demokratie, das sich grundsätzlich und substantiell von den Mechanismen, von den Modalitäten der repräsentativen Demokratie unterscheidet. Ich glaube, es ist wesentlich, dass wir Maßstäbe der repräsentativen Demokratie nicht auf partizipative Verfahren anwenden. Das ist nicht angemessen, um die Qualität eines partizipativen Verfahrens zu messen. Das ist schon das Stichwort. Es wurde konsequent das Konsensprinzip eingehalten, und zwar so, wie es im Landesgesetz festgeschrieben wurde. Das heißt, es wurde in keinem Moment während der Arbeiten des Forums der 100 irgendetwas gezählt, möchte ich am liebsten sagen, um es greifbar für Sie zu machen. In einem Parlament ist es natürlicherweise so, dass Mehrheiten und Minderheiten da sind, dass Mehrheiten entscheiden, dass Minderheiten manchmal die Möglichkeit haben, einen Minderheitenbericht abzugeben. Im Forum der 100 war das nicht der Fall, weil es um das Konsensprinzip ging. Das heißt, es wurde diskutiert, es wurden unterschiedliche Vorschläge erarbeitet und genau das war der Sinn der Sache. Nachdem die Notwendigkeit jene war, Entscheidungsfindungsprozesse zu gestalten, war es sinnvoll, auch eine Vielzahl von Vorschlägen zu sammeln. Entscheidungen wurden natürlich nicht im Forum der 100 gefällt. Die Entscheidung liegt beim Landtag, und ich muss Ihnen ja nicht das Verfahren erklären, und nicht nur der Landtag allein entscheidet, sondern wir haben die ganzen weiteren Schritte. Das Forum der 100 hatte die Aufgabe, unterschiedliche Optionen zu bringen. Um das wirklich griffig zu machen, möchte ich noch etwas sagen. Es ist irrelevant in diesem Sinne, wie viele Personen hinter einem Vorschlag stehen. Ob es 25 Personen sind, die einen Vorschlag mittragen oder 3, die einen anderen Vorschlag mittragen, ist in diesem Fall nicht in der Demokratie grundsätzlich, sondern im partizipativen Verfahren irrelevant. Warum denn? Weil es darum ging, aus der Bevölkerung Vorschläge zu holen und diese einem repräsentativ-demokratischen Organ, wie es der Südtiroler Landtag ist, vorzuschlagen. Entscheidungen werden dort und nicht im Forum der 100 gefällt. Deshalb war das Zählen auch nicht notwendig. Deshalb ist diese Unterscheidung von immenser Wichtigkeit. Das war ein partizipatives Verfahren. Das war ein Bürgerforum. Der Südtiroler Landtag, die Parlamente sind etwas konstitutiv anderes.

POLONIOLI Laura (Vicepresidente): Possiamo chiudere la riunione di oggi. Voglio ancora mettere in luce, riallacciandomi alle parole di Marc e Sabine, l'importanza di questo processo partecipativo, anche se lo guardiamo riferito a un territorio come il nostro in cui convivono tre gruppi linguistici. Penso che verrà fatta poi l'analisi scientifica di questo processo partecipativo, in cui il materiale è tanto. Ci sono stati tanti stimoli, che adesso verranno sottoposti alla Convenzione dei 33, vediamo in che modo confluiranno nel documento

finale. Sicuramente, a prescindere da questo, il documento del Forum dei 100 verrà consegnato nelle mani del Consiglio provinciale.

Vi ricordo che fino al 15 giugno sul sito c'è la possibilità di presentare proposte, commenti che verranno rielaborati. Comunque sia il documento della Convenzione dei 33 che il documento del Forum dei 100 verrà tradotto durante l'estate nelle tre lingue.

Devo ancora ringraziare tutti voi perché penso che la cosa importante è l'impegno che ognuno di noi sta mettendo, che voi avete messo in questo processo che è durato un anno e ha impegnato ciascuno di voi e ha portato tanto materiale, tanti stimoli, tante indicazioni. Vi ringrazio ancora.

(Applaus – applauso)

PLONER Edith (Vizepräsidentin): An dieser Stelle möchte ich mich auch noch bedanken, und zwar beim Eurac-Team, das diesen Prozess begleitet hat. Ich spreche jetzt mal vom Forum der 100. Ich danke Elisabeth Alber, Marc Röggl und Verena Ohnewein vom Eurac-Team und den Moderatorinnen Sabina Frei, Katharina Erlacher, Katharina Longariva, den Technikern der Eurac, den Übersetzerinnen und vor allem auch den Mitgliedern des Forums der 100, den Gruppensprechern, den Gruppensprecherinnen für die zahlreich investierten Stunden in ihrer Arbeit. Danke schön!

(Applaus – applauso)

DEJACO Patrick: Entschuldigung, vielleicht sollte ich noch was sagen. Der Konvent wird immer wieder, weil wir heute hier alle sitzen, in den Medien sehr schlecht dargestellt. Ich habe gerade wieder einen Artikel in der Tageszeitung "Alto Adige" gesehen. Vielleicht kann sich einmal jemand die Mühe machen, auch darauf zu reagieren. Trotz unterschiedlicher Meinungen finden wir vielfach zusammen. Ich glaube, das Arbeiten ist insgesamt viel besser als es eigentlich in den Medien dargestellt wird. Vielleicht kann jemand was unternehmen und was schreiben. Danke!

Ore 21.09 Uhr

**Es haben gesprochen:
Sono intervenuti:**

ANDREIS Janah Maria (35, 37)
CORRARATI Claudio (34)
DAPUNT Ingrid (4, 29, 31)
DEJACO Patrick (29, 46)
DELTEDESCO Michael (21, 35, 38, 40)
DURNWALDER Luis (27, 28, 29, 30, 38, 39, 40)
FREI Sabina (44)
GEIER Verena (13, 14, 44)
GRAZIADEI Stefan (5, 7, 43)
KRIPP Sigmund (9, 12, 41)
MAIR Christian (24, 32, 39, 40)
MASTELLA Nicol (7)
NIEDERHOFER Wolfgang (42)
PLONER Edith (2, 7, 9, 12, 14, 16, 18, 21, 24, 26, 28, 29, 33, 46)
POLONIOLI Laura (2, 26, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45)
PSENNER Matthias (16, 31)
RÖGGLA Marc (44)
SASSI Olfa (34)
TELCH Martin (18)
TONIATTI Roberto (33)
VON ACH Florian (32, 41)
WIDMANN Andreas (37)
ZANOTTI Stefano (14, 31, 36, 42, 43)